Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 107. Freitag, den 9. Mai 1919. 26. Jahrg.

Die Regierung und die Friedensbedingungen.

Gibt es ein Mittel?

Der Friedensvertragsentwurf der Entente erregt in Deutschland Entsetzen und Empörung. Je mehr man sich in die Bestimmungen vertieft, desto stärker wird der Eindruck: man sucht uns hier nicht nur alles zu nehmen, was wir haben, sondern womöglich noch etwas mehr. Die Friedensbedingungen sind für Deutschland erdrückend und erstickend, sie rauben uns jeden Atem, jede Möglichkeit wirtschaftlicher Erholung und Wiedergeburt. Manches nimmt sich aus, als sei es das Produkt einer perversen Quälerphantasie: man verlangt von Deutschland ungeheure Leistungen und nimmt ihm gleichzeitig die Möglichkeit, auch nur das für sich Notwendige fürderhin zu produzieren.

Es ist klar, daß sich in dieser Stunde alles Denken eines Deutschen dahin konzentrieren muß, ob es denn nicht noch irgend einen Weg gibt, diese Lawine des Unheils abzuwenden. Bereits jetzt hat eine sehr lebhafte Propaganda für die Nichtunterzeichnung de Friedens eingesetzt.

Aber gibt uns diese Propaganda wirklich ein Mittel an, das aus dem Unglück herausführt? Einem zum Tode Verurteilten ist schließlich nicht viel damit gedient, wenn man ihm den Rat erteilt, vor der Hinrichtung freiwillig Selbstmord zu begehen. Das ist vielleicht eine schöne Geste, aber tot bleibt der Betreffende auf alle Fälle. Zunächst müssen wir uns darüber klar sein, daß bei **Ablehnung der Unterschrift die Entente keinerlei Spaß verstehen wird.** Die Blockade wird wieder mit voller Schärfe aufgenommen werden, was sonst dazu kommt, braucht garnicht erst noch in Betracht gezogen zu werden, man denke etwa an eine Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Aber das wäre wirklich schon gleichgültig, weil allein das erste Mittel genügen würde, um uns in das vollkommenste Chaos des Elends und der Anarchie zu stürzen.

Das Argument der Unterschriftsverweigerer geht nun dahin, daß es bei Annahme dieses Erdrosselungsfriedens uns auch nicht viel anders ergehen würde. Aber es besteht dann wenigstens die leise Hoffnung, durch die Tatsache die Entente von der Unmöglichkeit ihrer Forderungen zu überzeugen. Die Erfüllung der Friedensbedingungen läßt sich naturgemäß durch Jahre hinziehen und wir müssen darauf hoffen, daß sich in dieser Zeit ein Umschwung im Denken der Ententevölker vollzieht. Kommt der Frieden zustande, so sind wir ja nicht mehr abgeschnitten, während eine Fortdauer des Krigszustandes den Ententeregierungen den erwünschten Vorwand geben würde, weiter jede Verbindung zwischen den Arbeitermassen Deutschlands und ihrer Länder abzuschneiden und im Inneren ihrer Länder einen Ausnahmezustand aufrechtzuerhalten.

Vor allem aber kann die Entscheidung über die Frage: Unterschreiben oder nicht, **auf keinen Fall jetzt schon getroffen werden.** Die Entente hat uns eine gewisse Verhandlungsmöglichkeit aufgetan und es muß versucht werden, aus dieser zu machen, was zu machen ist. Erst von dem Resultat der Verhandlungen kann die schließliche Stellungnahme abhängig gemacht werden. Auch der propagandistische Wert der Verhandlungen ist zu bedenken. Trotz aller Erregung dürfen wir keine Gefühlspolitik treiben, der Verstand aber fordert, zunächst auch den letzten noch gangbaren Weg zu begehen, mögen die Aussichten, die er öffnet, auch noch so schwach sein.

Eines aber kann noch hinzugefügt werden: **Diese jeder Gerechtigkeit Hohn sprechenden, vom rachgierigsten Imperialismus vorgeschlagenen Friedensbedingungen beweisen klar, wie recht die alte sozialdemokratische Partei handelte, als sie während des Krieges ihre Politik auf die Abwehr der feindlichen Vernichtungspläne einstellte.**

An das deutsche Volk.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf:

Der ehrliche Friedenswille unseres schwer duldenden Volkes fand die erste Antwort in ungemein harten Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und die Verpflichtungen des Waffenstillstands, so schwer sie waren, ehrlich gehalten, und trotzdem setzten unsere Gegner sechs Monate lang den Krieg durch Aufrechterhaltung der Hungerblockade fort. Das deutsche Volk trug alle Lasten im Vertrauen auf die durch die Note vom 5. November von den Alliierten gegebenen Zusagen, daß der Frieden ein Frieden des Rechts auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns statt dessen jetzt in den Friedensbedingungen geboten wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei Aufbietung aller Kräfte unerfüllbar. Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volke angetan werden. Aus solchem aufgezwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen. Die Welt müßte jede Hoffnung auf einen die Völker befreienden und heilenden, den Frieden sichernden Völkerbund begraben. Zerstückelung und Zerreißung des deutschen Volkes, Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an den fremden Kapitalismus zur menschenunwürdigen Lohnsklaverei, dauernde Fesselung der jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente ist das Ziel dieses Gewaltfriedens.

Die deutsche Volksregierung wird den Friedensvorschlag der Vergewaltigung mit dem Vorschlag des Friedens des Rechts auf der Grundlage eines dauernden Völkerfriedens beantworten. Die tiefe Erregung, die alle deutschen Volkskreise ergriffen hat, legt Zeugnis dafür ab, daß die deutsche Regierung den geschlossenen Willen des Volkes zum Ausdruck bringt. Die deutsche Regierung wird alle Kräfte anspannen, um für das deutsche Volk dieselbe nationale Einheit und Unabhängigkeit und dieselbe Freiheit der Arbeit in Wirtschaft und Kultur zu erringen, die die Alliierten allen Völkern Europas geben wollen, nur unserem Volke nicht.

Unser Volk muß sich durch eigenes Handeln retten. Angesichts dieser Gefahr der Vernichtung muß das deutsche Volk und seine von ihm selbst gewählte Regierung zusammenstehen, ohne Unterschied der Parteien. Möge Deutschland sich zusammenschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volkstum und die gewonnene Freiheit zu bewahren. Jeder Gedanke, der ganze Willen der Nation gehört jetzt der Arbeit, der Arbeit für die Erhaltung und Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes. Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr auszuharren in wechselseitigem Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts.

Der Reichspräsident:
Ebert.

Die Reichsregierung:
Scheidemann, Dernburg, Bauer, Bell, David, Erzberger, Gothein, Noske, Preuß, Wissell. Schmidt.

An den deutschen Osten

erläßt die preußische und die Reichsregierung ebenfalls einen Aufruf, in dem zu nationaler Disziplin und zum Glauben an die eigene Kraft und das Recht angespornt wird. Durch die geforderte Abtretung des Nordostens der Provinz Ostpreußen werde die wirtschaftliche Absperrung Deutschlands von dem Gebiete des großen russischen Volkes vollzogen. Mit diesem in ungehindertem Güteraustausch zu bleiben, ist Voraussetzung für das Gedeihen der beiden Völker.

Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett trat gestern vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der es sich ausschließlich mit dem Friedensvertrag beschäftigte. In der heutigen Sitzung gilt es, zu beschließen, welche Instruktionen dem Grafen Brockdorff-Rantzau erteilt werden sollen. Es ist wahrscheinlich, daß Graf Brockdorff den Vertretern der Entente **positive Vorschläge der deutschen Regierung unterbreiten wird.** Heute abend tritt der Friedensausschuß der Nationalversammlung zusammen. Scheidemann wird die Verhandlungen einleiten. Die Nationalversammlung ist auf Montag einberufen.

Die Börse ist für drei Tage geschlossen.

Der Schicksalstag in Versailles.

Stampfer meldet aus Versailles: Die historische Sitzung dauerte etwa eine Stunde. Der Speisesaal des „Trianon"-Hotels war überfüllt von Vertretern der 27 alliierten Staaten, unter denen farbige Vertreter exotischer Völkerschaften auffielen. Man hatte den Eindruck, daß sich hier tatsächlich die ganze Welt gegen Deutschland versammelte. Ehemalige Landsleute und Mitkämpfer, die Polen und Tschechen, finden wir auf den Bänken unserer Gegner wieder. **Der ganze Wahnsinn der alldeutschen Welteroberungspolitik wird durch dieses Bild einer feindlichen Weltverbindung gegen uns illustriert.**

Clemenceau ist der einzige Wortführer der Entente. Neben ihm sitzen Wilson mit undurchdringlicher Miene und Lloyd George, nach allen Seiten verbindlich lächelnd. Clemenceau bestätigt in seiner kurzen, schneidenden Rede die Erscheinung einer Kampfnatur, die sich am Ziel ihrer Wünsche sieht. Brockdorff-Rantzaus Antwort macht einen würdigen Eindruck. Sie wurde fest und bestimmt vorgetragen und ohne äußere Zeichen des Widerspruchs von den Entente-Vertretern aufgenommen. Bei Eintritt und Austritt der Deutschen herrschte ein steifes Zeremoniell. **Von keiner Seite der Gegner war auch nur der geringste Anklang an einen Versöhnungswillen bemerkbar.** Die Abfahrt der Deutschen erfolgte hinten durch den Park innerhalb der Sperrzone. Die alliierten Staatsmänner wurden von einer nicht übergroßen Schar Neugieriger mit Jubel begrüßt.

Was den Vertrag selbst anbetrifft, der in französischer und englischer Sprache auf 204 Seiten in 200 gedruckten Exemplaren überreicht wurde, so übertrifft er an **Sinnlosigkeit der Forderungen jede Erwartung.** Die Delegation durfte die ihr gewährte Frist zu dem Versuch benutzen, den Gegnern die Unmöglichkeit ihrer Absichten darzutun und die Sache auf den Weg der Verhandlungen zu bringen. Was geschieht, wenn, was wahrscheinlich erscheint, dieser Versuch scheitert, muß Sache späterer Erwägungen bleiben. Hier herrscht nur eine Meinnug, **daß uns noch viel Schweres bevorsteht, und daß nur die Einheitlichkeit des Volkswillens Rettung bringen kann.**

Die neuen Grenzen.

Der Band mit den Friedensbedingungen enthält in französischer und englischer Sprache auf 200 Seiten 440 Artikel, die in fünfzehn Teile zerlegt werden.

Die Festsetzung der Grenzen besagt:

1. Mit Belgiens Nordostgrenze des ehemaligen Territoriums von Neutral-Moresnet; sodann die Ostgrenze des Kreises Eupen, sodann die Grenze zwischen Belgien und dem Kreise Montjoie, sodann die Nordostgrenze des Kreises Malmedy bis zu ihrem Schnittpunkt mit der Grenze Luxemburgs.

2. Mit Luxemburg: Die Grenze vom 3. 8. 1914 bis zu ihrer Verbindung mit der Grenze Frankreichs am 18. 7. 1870.

3. Mit Frankreichs Grenze am 18. 7. 1870 von Luxemburg bis zur Schweiz unter Vorbehalt der Bestimmungen über das Saarbecken.

4. Mit der Schweiz: Die gegenwärtige Grenze.

5. Mit Oesterreich: Die Grenze vom 3. 8. 1914 von der Schweiz bis zu der nachträglich abgegrenzten Tschecho-Slowakei.

6. Mit der Tschecho-Slowakei: Die Grenze am 3. 8. 1914 zwischen Deutschland und Oesterreich von ihrem Treffpunkt mit der alten Verwaltungsgrenze, die Böhmen und die Provinz Oberösterreich trennt, bis zur Nordspitze des Vorsprungs der ehemaligen Provinz Oesterreichisch-Schlesien, ungefähr 8 Kilometer östlich Neustadt.

7. Mit Polen: Die soeben angezeigten Punkte nach Norden bis zur Spitze des Vorsprungs der Ostgrenze des Kreises Falkenberg, ungefähr drei Kilometer östlich Puschin, eine auf dem Gebiete östlich Zuelz zu ziehende Linie, von da die Ostgrenze des Kreises Falkenberg, sodann die Grenze zwischen Ober- und Mittelschlesien, alsdann die Westgrenze von Polen bis zur Bartsch, sodann dem Lauf dieses Flusses stromabwärts, sodann die Grenze zwischen den Kreisen Guhrau und Glogau nach Norden, sodann die Grenze von Posen gegen Nordosten bis zu ihrem Treffpunkt mit der Grenze zwischen den Kreisen Lissa und Fraustadt. Von da nach Nordwesten und bis zu einem auf der Straße zwischen den Orten Unruhstadt und Kopnitz festzusetzenden Punkte. Eine Linie, die auf dem Gebiete westlich der Ortschaften Geyersdorf, Brenne, Fehlann, Altkloster, Klebel und der östlich nachfolgenden Orte: Albersdorf, Buchwald, Ilgen, Meine, Lupitze, Schwenten verläuft. Von da nach Norden und bis zum nördlichsten Punkt des Ohlepsees; eine Linie festzusetzen auf dem längs der Mittellinie der Seen verlaufenden Räume, wobei indessen die Stadt und Station von Bentschen einschließlich der Linienkreuzung Schwiebus-Bentschen und Züllichau-Bentschen auf polnischem Gebiet verbleiben. Von da nach Nord- und Nordost und bis zu dem Treffpunkt der Grenzen der Kreise Schwerin, Birnbaum, Meseritz, eine im Raum östlich Bentschen festzusetzende Linie; von da und nach Norden die Grenze zwischen den Kreisen Schwerin und Birnbaum, sodann nach Osten die Nordgrenze der Provinz Posen, sodann nach Nordosten die Grenze zwischen den Kreisen Filehne und Czarnikau, sodann den Netzelauf flußaufwärts, sodann nach Norden die Ostgrenze des Kreises Czarnikau bis zu seinem Treffpunkt mit der Nordgrenze Posens. Von da nach Nordosten und bis zu einem Punkte der Grenze Posens, gelegen am äußersten Vorsprung ungefähr fünf Kilometer westnordwest von Schneidemühl, eine im Raume festzusetzende Linie, von da die Grenze Posens bis zu ihrem Treffpunkt mit der Grenze zwischen den Kreisen Flatow und Deutsch-Krone. Von da nach Nordwesten und bis zur Höhe 205, ungefähr fünf Kilometer westnordwest von Konitz, eine im Raume ungefähr parallel zur Eisenbahn Schneidemühl—Konitz und ungefähr acht Kilometer westlich von der festzusetzenden Linie, die im Westen die Orte Lunfeld, Gresense, Friedland, Steinhorn, Jenznik, Niesewenz und östlich der Orte Sokellno, Dangers, Ourien, Radgewitz, Loskow, Dammitz, Schlochau (unter Belassung der Eisenbahn Hammerstein—Schlochau—Prechlau), Lichtenhagen und Richnau verläuft, von da aus nach Norden, die Grenze zwischen den Kreisen Konitz und Schlochau, sodann die Grenze Westpreußens bis zum äußersten Norden des Vorsprunges ungefähr acht Kilometer südöstlich Lauenburg, von da nach Norden und bis zur Ostsee, eine Linie im Raume östlich der Dörfer Hohenfelde, Saulin und Chottschow, die Mittellinie östlich dieser Ortschaften gelegnen Seen folgend und über Cote 32 ungefähr 5 Kilometer nordnordwest von Ossecken verlaufend.

8. Mit Dänemark: Die Grenze wird in den Artikeln über Schleswig festgelegt.

Die vorgesehene östliche Grenzlinie beläßt im allgemeinen die Kreise Schlochau, Deutsch-Krone, Filehne, Schwerin und Meseritz bei Deutschland. Durchschnitten werden die Kreise Bomst, Fraustadt, Guhrau und Militsch. Die Kreise Groß-Wartenberg und Namslau bleiben deutsch. Dagegen werden die Kreise Kreuzburg, Oppeln und ein Teil des Kreises Neustadt und der ganze östlich und südöstlich davon gelegene Teil Oberschlesiens polnisch.

Art. 28 beschäftigt sich mit der Grenze Ostpreußens vorbehaltlich der im Abschnitt 3 über Ostpreußen getroffenen Bestimmungen. Die Grenze läuft von einem Punkt von der Küste der Ostsee 1½ Kilometer nördlich der Kirche des Dorfes Proeberna in der von Norden nach Osten zu berechnenden Richtung von 159 Grad, eine Linie von etwa 2 Kilometern, die an Ort und Stelle bestimmt werden soll, von da aus in gerader Linie auf das Leuchtfeuer, das im Bogen des Kanals von Elbing, ungefähr auf der Höhe von 54 Grad 19½ Min. nördlicher Breite und 19 Grad 26 Min. östlicher Länge liegt; von da bis zur östlichen Mündung der Nogat in der ungefähren Linie, die vom Norden nach Osten zu zählen ist von 209 Grad, von da den Lauf der Nogat entlang stromaufwärts, bis zu dem Punkt, wo dieser Fluß die Weichsel verläßt, von da ab den Hauptschiffahrtskanal die Weichsel aufwärts, sodann südlich der Grenze des Kreises Marienwerder, den des Kreises Rosenberg nach Osten und zwar bis zu dem Schnittpunkt mit der ehemaligen Grenze von Ostpreußen, von dort die ehemalige Grenze zwischen Ost- und Westpreußen sowie die Grenze zwischen dem

Kreisen Osterode und Neidenburg, sowie stromabwärts den Fluß Skottau, sowie stromaufwärts dem Neidelaufe entlang bis zu dem Punkt, der etwa fünf Kilometer westlich Bislutte liegt und der an der ehemaligen russischen Grenze am nächsten liegt, endlich von da gegen Osten und zwar bis zu dem Punkt unmittelbar im Süden des Schnittpunktes Puto-Neidenburg-Mlawa und der ehemaligen russischen Grenze, von da ist die Linie an Ort und Stelle zu bestimmen, die nördlich Bialutten verläuft, von da der alten russischen Grenze entlang bis östlich Schmalleningken, sodann Skierwieth das Delta entlang bis zum Kurischen Haff, von dort in gerader Linie bis zum Treffpunkt der Ostufer der Kurischen Nehrung mit der Verwaltungsgrenzlinie etwa 4 Kilometer südwestlich von Nidden, von da längs dieser Verwaltungslinie bis zum westlichen Ufer der Kurischen Nehrung.

Mit Dänemark: Die Grenze, wie sie in den Artikeln über Schleswig festgesetzt wird.

Völkerbund.

Der erste Abschnitt des Dokuments umfaßt die Normen betreffend den Völkerbund entsprechend dem Pariser Statut vom 14. Februar und dessen späteren fast geringfügigen Abänderungen. Für Deutschland ist nur folgendes wichtig: Das Statut sieht nur zwei Gruppen von Mitgliedern des Völkerbundes, die ihm von Anfang an zugehören sollen, vor. Die erste Gruppe umfaßt diejenigen Staaten, die gegen uns gekämpft und die diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen haben. Alle diese Staaten sind von selbst Mitglieder des Völkerbundes. Die zweite Gruppe umfaßt Neutrale aus dem gegenwärtigen Kriege, namentlich die Nordstaaten, Holland und die Schweiz. Diese Staaten sind eingeladen, sich binnen zwei Monaten durch vorbehaltlose Erklärung dem Völkerbund anzuschließen. Wichtig ist also die Tatsache, daß das Deutsche Reich einstweilen in die Organisation nicht einbegriffen werden soll, und es kann nur nachträglich durch eine Art Ballotage Mitglied werden. Erforderlich dazu ist Zweidrittel-Mehrheit innerhalb der Staatenversammlung, und die Aufnahme ist an die Voraussetzung geknüpft, daß ein außenstehender Staat wirkliche Garantien seiner aufrichtigen Absicht gibt, seine internationalen Verpflichtungen einzuhalten.

Bestimmungen über europäische Politik.

Belgien.

Deutschland erkennt an, daß die Verträge von 1839, die vor dem Kriege das Regime Belgiens festsetzten, nicht mehr den augenblicklichen Verhältnissen entsprechen und erklärt sich mit der Außerkraftsetzung dieser Verträge einverstanden.

Deutschland erkennt die unumschränkte Herrschaft Belgiens über das gesamte strittige Gebiet von Neutral-Moresnet an.

Deutschland verzichtet zugunsten Belgiens auf das Recht und den Rechtstitel auf das Gebiet von Preußisch-Moresnet, das westlich von der Linie Lüttich-Aachen gelegen ist; der Teil, der am Rande dieses Gebietes verlaufenden Straße wird Belgien gehören.

Deutschland verzichtet ferner zugunsten Belgiens auf alle Rechte und Rechtstitel über die Gebiete, welche die Kreise Eupen und Malmedy umfassen. Die Einwohner der genannten Gebiete werden das Recht haben, schriftlich in Listen ihrem Wunsche Ausdruck zu geben, ob diese Gebiete ganz oder teilweise unter deutscher Oberherrschaft erhalten werden sollen. Der belgischen Regierung steht es zu, das Resultat dieser Volksabstimmung zur Kenntnis der Liga der Nationen zu bringen, deren Entscheidung Belgien im vornherein anzunehmen sich verpflichtet.

Eine Kommission, bestehend aus sieben Mitgliedern, von denen die alliierten und assoziierten Großmächte fünf ernennen, Deutschland und Belgien je eines, wird vierzehn Tage nach Inkrafttreten dieses Vertrages eingesetzt werden, um an Ort und Stelle Grenzlinien zwischen Deutschland und Belgien festzusetzen; hierbei soll der wirtschaftlichen Lage und den Verbindungswegen Rechnung getragen werden.

Sobald die Uebertragung der Oberherrschaft über diese Gebiete endgültig sein wird, werden alle in diesen Gebieten wohnenden Deutschen unter Ausschluß der deutschen Nationalität vollrechtlich die belgische Nationalität endgültig erworben haben.

Während zweier Jahre nach der endgültigen Uebertragung der Souveränität über die Belgien kraft dieses Vertrages zugeteilten Gebiete können deutsche Staatsangehörige über achtzehn Jahre, welche in diesen Gebieten ansässig sind, für die deutsche Staatsangehörigkeit optieren; die Option des Ehemannes hat diejenige der Frau, die Option der Eltern diejenige der Kinder unter achtzehn Jahren zur Folge. Personen, welche das hier vorgesehene Optionsrecht ausgeübt haben, müssen in den darauffolgenden zwölf Monaten ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen; es wird ihnen freistehen, den Immobilienbesitz, welchen sie in den von Belgien erworbenen Gebieten besitzen, zu behalten. Sie können ihren Mobiliarbesitz aller Art mitnehmen und haben infolgedessen keinerlei Austritts- noch Eintrittszoll zu bezahlen.

Luxemburg.

Deutschland verzichtet hinsichtlich des Großherzogtums Luxemburg auf den Nutzen aller zu seinem Vorteil in den Verträgen vom 8. Februar 1842, 2. April 1847, 20. und 25. Oktober 1863, 18. August 1866, 21. Februar und 11. Mai 1867, 10. Mai 1871, 11. Juni 1872, 11. November 1902 sowie aller aus diesen Verträgen folgenden Konventionen. Deutschland erkennt an, daß das Großherzogtum Luxemburg vom 1. Januar 1919 an aufgehört hat, einen Bestandteil des deutschen Zollvereins zu bilden, verzichtet auf alle Rechte auf den Betrieb der Eisenbahnen, schließt sich der Abschaffung des Neutralitätsregimes des Großherzogtums an und nimmt im voraus alle von den alliierten und assoziierten Mächten bezüglich Luxemburgs abgeschlossenen internationalen Abmachungen an.

Deutschland verpflichtet sich, dem Großherzogtum Luxemburg auf ein Ersuchen, welches ihm von den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten gestellt werden wird, die Vorteile und Rechte genießen zu lassen, welche in wirtschaftlicher Hinsicht, in Hinsicht auf Transport und Luftschiffahrt zugunsten der besagten Mächte oder ihrer Untertanen durch den vorliegenden Vertrag festgesetzt werden.

Linkes Rheinufer.

Es ist Deutschland untersagt, Festungen zu erhalten oder zu bauen, sei es auf dem linken Rheinufer, sei es auf dem rechten Ufer westlich von einer fünfzig Kilometer östlich von diesem Flusse gezogenen Linie.

In der kaum Artikel zweiundvierzig definierten Zone sind die Unterhaltung oder Zusammenziehung bewaffneter Kräfte, sowie militärische Manöver jeglicher Art und alle materielle Erleichterung für eine Mobilisation gleichfalls verboten.

Im Falle Deutschland, auf welche Art es auch sei, den Vorschriften der obigen Artikel zuwiderhandeln sollte, wird dies als feindseliger Akt gegenüber den Signatarmächten dieses Vertrages bezeichnet und als den Weltfrieden störend angesehen werden.

Saarrevier.

Als Ersatz für die Zerstörung der Kohlenbergwerke Nordfrankreichs und als Abschlagszahlung auf die von Deutschland als Kriegsentschädigung zu zahlende Summe überträgt Deutschland an Frankreich den vollständigen und unbeschränkten Besitz der im Saarrevier belegenen Kohlengruben.

Um das Recht und Wohlergehen der Bevölkerung sicherzustellen und Frankreich das unbeschränkte Ausbeutungsrecht der Gruben zu garantieren, nimmt Deutschland die Dispositionen der Artikel 1 und 2 des beigefügten Anneges an.

In angebrachter Zeit ein endgültiges Statut des Saarbeckens unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung festzusetzen, nahmen Frankreich und Deutschland die Maßnahmen des dritten Kapitels des nachstehenden Anhanges an.

(Den weiteren Bericht bringen wir morgen. Red.)

*

Der deutsche Schiffsbau für die Entente.

Die von der Entente aufgestellte Forderung, daß die deutschen Werften in den nächsten 5 Jahren je 200 000 Tonnen Schiffsraum für die Entente bauen sollen, wird für den Wiederaufbau unserer Flotte eine vernichtende Bedeutung haben. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Werften betrug für deutsche Rechnung in den letzten Jahren: 1910: 658 Schiffe mit zusammen 210 542 Tonnen, 1911: 599 Schiffe mit 329 562 Tonnen, 1912: 659 Schiffe mit 383 090 Tonnen, 1913: 656 Schiffe mit 423 907 Tonnen.

Preßstimmen.

Die „Freiheit" schreibt, wir müßten diesen Frieden unterzeichnen, denn diese unerträgliche Lohnsklaverei für den Entente-Imperialismus könne nicht dauernd bestehen bleiben. Auch im Westen bereite sich die gewaltige Entscheidung zwischen Imperialismus und Sozialismus vor.

Die „Wiener Arbeiterzeitung" hebt hervor, es sei ein Friede, der Deutschland zu Boden wirft und ihm die gesamten Lebensquellen unterbindet. Der Vertrag hege die Absicht, eine Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland zu verhindern. Alles wurde vergessen, was Wilson feierlich versprach, alles verleugnet und verraten, was er als Sinn der künftigen Ordnung der Welt proklamierte. Der Gewalt wird nie Recht. Dieser Friede trägt sein Todesurteil in sich. Uebrigens versuchen die Gewaltmenschen, Oesterreich zu ködern.

Staatssekretär Bauer teilte im Hauptausschuß mit, daß der englische Oberst Cuningham ihm erklärte, die Entente wäre bereit, falls Deutsch-Oesterreich auf seinen Anschluß an Deutschland verzichtet, weitergehende territoriale, wirtschaftliche Finanzsicherungs- und ernährungspolitische Zugeständnisse zu machen. Auch aus holländischen Blätterstimmen hört man den Ruf, daß es sich hier um einen Gewaltfrieden schlimmster Art handelt, der Wilsons Grundsätze verhöhnt und Deutschlands Sklaverei zur Folge hat. Das Ganze bedeute eine Erniedrigung der ganzen Menschheit.

Die Rede Scheidemanns.

Im Friedensausschuß hielt Ministerpräsident Scheidemann folgende bemerkenswerte Rede:

Der heutige Tag, der uns endlich nach sechsmonatigem Martyrium des Waffenstillstandes die Kenntnis der Hauptteile der feindlichen Friedensbedingungen gebracht hat, bedeutet die tiefste Stufe des deutschen Niederganges, ja, vielleicht noch nicht einmal. Ein „Ja" sowohl als ein „Nein" können uns noch tiefer, noch hoffnungsloser in die staatliche und nationale Vernichtung hinunterstoßen, und alle Nebenbedingungen, die uns bis jetzt noch nicht übermittelt worden sind, die aber aus den zahlreichen Nachträgen zu den ersten Depeschen sich schon ankündigten, werden ein Wiederaufkommen durch tausend kleinere und größere Fesseln unmöglich machen. Meine Herren, wir stehen am Grabe des deutschen Volkes, wenn all das, was sich hier „Friedensbedingungen" nennt, zur vertraglichen Tatsache wird. Ich kann Ihnen, schon angesichts der noch nicht vollständigen Uebermittlung der Bedingungen, keine restlose Darlegung von der Stellungnahme der Regierung geben. Aber, was ich tun kann und will, ist zu vergleichen: die Grundlagen, auf denen wir den Waffenstillstand abgeschlossen haben und die von beiden Teilen, von unseren Gegnern und von uns, als rechtsverbindlich anerkannt wurden und die hauptsächlichsten Bedingungen, so wie sie jetzt vorliegen. Am 5. November 1918 hat Staatssekretär Lansing an die deutsche Regierung depeschiert: „Die verbündeten Regierungen haben den Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig erwogen. Mit nachstehenden Beschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft, auf Grund der in der Kongreßbotschaft des Präsidenten vom 8. Januar 1918 aufgestellten Friedensbedingungen und der in seinen späteren Ansprachen verkündeten Grundsätze einer Auseinandersetzung mit der Regierung Deutschlands Frieden zu schließen." Die Beschränkungen bezogen sich auf die Freiheit der Meere und die Wiederherstellung der besetzten Gebiete. Lassen sich wenigstens einige der vierzehnpünktigen Wilsonrede, auf die sich Lansing bezieht, der Reihe nach in einen Vergleich mit den einzelnen Punkten der Friedensbedingungen setzen, die ja leider in Gegenwart und unter Billigung des Präsidenten der Vereinigten Staaten unseren Delegierten überreicht wurden. Präsident Wilson sagt in Punkt 4: „Austausch ausreichender Garantien dafür, daß die nationalen Rüstungen auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit vereinbare Maß herabgesetzt werden." — Wie sieht der Austausch heute aus?

Der 5. Abschnitt enthüllt die militärischen Friedensbedingungen, beschränkt den Umfang der deutschen Armee und Flotte und schafft die Dienstpflicht in Deutschland ab als ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung.

Punkt 5 bei Wilson: „Freie, weitherzige, unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf der genauen Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller derartiger Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung eben solches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll." — Und die Verwirklichung dieses Prinzips? Durch den 4. Abschnitt liefert Deutschland seine Kolonien und seine unter den verschiedenen internationalen Konventionen in Afrika erworbenen Rechte an die Alliierten aus.

Punkt 7 von Wilson: „Belgien muß, wie die ganze Welt übereinstimmen wird, geräumt und wiederhergestellt werden ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich ebenso wie alle anderen freien Staaten erfreut, zu beschränken." — Gewiß, zu dieser Grundforderung erklärte sich Deutschland immer wieder. Aber heißt es Wiederherstellung, wenn ihm neben Moresnet zwei deutschen Kreise, Eupen und Malmedy, zugesprochen werden, und ist es nicht eine Verzerrung des Selbstbestimmungsrechts, wenn die Bevölkerung dort innerhalb sechs Monaten dagegen protestieren darf, dann aber der Völkerbund — und welcher Völkerbund — endgültig entscheidet?

Punkt 13 von Wilson: „Es sollte ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der die von unbestritten polnischen Bevölkerungen bewohnten Gebiete einschließen sollte und dem ein freier und sicherer Zugang zum Meer zugesichert werden sollte und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit durch ein internationales Abkommen garantiert werden sollte." — Und heute? Deutschland soll an Polen den größeren Teil von Oberschlesien, Posen und die Provinz Westpreußen auf dem linken Weichselufer abtreten, Ostpreußen soll durch einen Korridor vom Reich abgetrennt und Danzig eine „freie Stadt" werden, also aus dem Reichsverband ausscheiden. Aber ich will Sie nicht Punkt für Punkt auf die Unvereinbarkeiten hinweisen. Von dem Völkerbund, der die Krönung und den eigentlichen Sinn dieses Friedensvertrages ausmachen sollte, und der angeblich berufen war, jeden ferneren Krieg unmöglich zu machen, ist in diesem Dokument kaum mehr andeutungsweise die Rede. Und auch die oft gehörte Behauptung, daß unsere Auffassung der 14 Wilson-Punkte von der Wilsons wesentlich abweiche, daß es sich also um Interpretationsverschiedenheiten handle, läßt sich angesichts des unversöhnlichen Widerspruchs zwischen dem Programm und der nunmehr vorliegenden Ausführung in gar keiner Beziehung mehr

---

Der Flug über den Ozean.

Von Th. Wolff-Friedenau.

Am 25. Juli 1910 glückte dem französischen Flieger Bleriot als Erstem in der Geschichte der Aviatik der Flug über den Kanal. Zum ersten Male hatte ein Luftfahrzeug ein Meer überflogen. Dort, wo Bleriot landete, in der Nähe von Dover, steht heute ein Denkstein, der die Erinnerung an jenen historischen Flug der Nachwelt vermitteln soll.

Seitdem ist noch kein Jahrzehnt vergangen, aber schon sind für unsere Luftfahrzeuge Flüge wie der von Calais nach Dover zu unbedeutenden Spazierfahrten geworden. Der Krieg besonders hat die Leistungsfähigkeit des Luftschiffes wie Flugzeuges in vordem ungeahntem Maße erhöht. Heute stehen sie unmittelbar vor der großen Tat der Luftschiffahrt, dem Flug über den Ozean. Noch ist er nicht erfolgt, aber jeder Tag kann die Kunde bringen, daß er zur Tat geworden ist. Ein unerhört heißer Wettkampf ist entbrannt, zu dem die Flieger und Luftschiffer hüben und drüben in die Schranken treten.

Aber auch unter den Seglern der Lüfte selbst tobt der Kampf um die Priorität. Wer wird zuerst den Ozean überfliegen, Luftschiff oder Flugzeug? Das ist jetzt die Frage. Gegenwärtig dürften wohl dem Luftschiff die größeren Aussichten zugemessen werden. Was unsere Luftschiffe zu leisten vermögen, haben sie im Kriege bewiesen, der ihnen oftmals Gelegenheit bot, ganz gewaltige Flugstrecken zurückzulegen, die noch weit größer waren als die Luftlinie Europa—Amerika. Ganz kürzlich erst ist die Fahrt eines deutschen Luftschiffes, über die bis zum Waffenstillstand das Schweigegebot verhängt war, bekannt geworden, die eine erheblich größere Leistung als die einer Fahrt über den Ozean darstellt. Das Marineluftschiff L 59 wurde im November 1917 beordert, unseren kämpfenden Afrika-Truppen Munition und Arzneien zu überbringen. Am 21. November, morgens um 8 Uhr, stieg es in Jamboli in Bulgarien zu seiner Fahrt auf, die es über Adrianopel, Smyrna, über das Mittelländische Meer hinweg nach Afrika, durch die Libische Wüste bis nach Chartum in Aegypten trug. In 17½ Stunden hatte L 59 drei Erdteile passiert. Das gesteckte Ziel wurde allerdings nicht erreicht, denn am Nachmittag des zweiten Tages seiner Fahrt erhielt das Luftschiff funkentelegraphisch den Befehl zur Umkehr, den zwingende militärische Gründe veranlaßt hatten. In genau vier Tagen hatte das Luftschiff in ununterbrochener Fahrt 7300 Kilometer zurückgelegt, eine Strecke, die die Entfernung von Berlin nach Neuyork ganz erheblich übersteigt. Diese auch jetzt noch ganz einzig dastehende Fahrt bedeutet den Beweis, daß das Luftschiff den Anforderungen, die die Fahrt über den Ozean stellt, vollständig gewachsen ist. Von den zahlreichen Linien, die zur Verbindung Europas mit Amerika auf dem Luftwege in Betracht kommen, beträgt die Strecke Irland—Neufundland nur eine 2800 Kilometer. Allerdings kommen für eine Fahrt über den Ozean ganz andere klimatische Verhältnisse als für jene Fahrt von Jamboli nach Chartum in Betracht, die Windverhältnisse vor allem sind erheblich ungünstiger und erfordern größere Vorbereitungen.

Aber lange wird die Ozeanfahrt sicher nicht mehr auf sich warten lassen. Von beiden Seiten ist der Kampf zur Bezwingung des Ozeans aufgenommen worden. Von den verschiedenen Projekten, die diesem Ziele dienen, sei der Plan des englischen Luftministeriums erwähnt, das gegenwärtig mit den Vorbereitungen beschäftigt ist, ein nach dem Zeppelin-Typ gebautes Riesenluftschiff R 33, das sich acht Tage lang ununterbrochen in der Luft halten können soll, auf die Reise zu schicken. Ebenso läßt das Marine-Departement der Vereinigten Staaten mit einem neuartigen Luftschiff C 3, Probefahrten ausführen, die der Vorbereitung für denselben Zweck dienen. Für die Herstellung eines Luftverkehrs London—Neuyork soll die englische Admiralität Pressemitteilungen zufolge mit dem Bau von Luftschiffen ganz ungeheurer Dimensionen beschäftigt sein, die 60 Tonnen Tragkraft und einen Aktionsradius von 13 000 Kilometern haben sollen. Dieser Luftverkehr soll jedoch erst im Jahre 1920 aufgenommen werden. Für die deutschen Luftschiffe, die Pioniere für die Luftschiffahrt aller übrigen Länder geworden sind, ist bei dem gegenwärtigen Stande unserer trüben inneren Verhältnisse und unserer äußeren Beziehungen wohl kaum Aussicht zur Beteiligung an dem Wettbewerb um den Ozeanflug, in dem sie sonst an erster Stelle zu stehen hätten. Viel Aufmerksamkeit in technischen Luftfahrerkreisen findet jedoch gegenwärtig ein Projekt des Ingenieurs Gustav Unger in Hannover, der der Erfinder eines neuen Luftschifftyps ist, bei dem Stahl statt Aluminium als Baustoff verwendet wird. Die hierdurch erreichte Steigerung der Stabilität und Leistungsfähigkeit soll das neue Luftschiff nach den Mitteilungen des Erfinders in den Stand setzen, innerhalb 60 Stunden die Fahrt über den Ozean zu machen.

Aber auch die Flieger sind in heißem Eifer mit den Vorbereitungen zur Bezwingung des Ozeans begriffen. Dem Flieger, der die große Aufgabe löst, winkt ein Preis von 10 000 englischen Pfund, den die „Daily Mail" hierfür ausgesetzt hat, ein vielleicht noch größerer Ansporn aber dürfte wohl der Sport- und Rekordeifer sein, der gegenwärtig wohl auf keinem anderen Gebiete so groß wie auf dem der Fliegerei ist. Für das Flugzeug sind von vornherein wesentlich andere und schwierigere Bedingungen zur Erreichung des gesteckten Zieles gegeben als für das Luftschiff. Das Flugzeug kann sich nicht so lange ohne Unterbrechung in der Luft halten wie jenes und wie auch nur für die kürzeste Verbindungslinie zwischen Europa und Amerika auf dem Luftwege, die Linie Irland—Neufundland, notwendig wäre. Denn das Gesamtgewicht an Brennstoff für diese Strecke übersteigt die Tragfähigkeit selbst der gegenwärtig größten und stärksten Flugzeuge. Ein Flugzeug also, das den Ozean überfliegen will, muß auf alle Fälle mehrfache Zwischenlandungen zur Aufnahme von Betriebsstoff vornehmen. Dadurch ist es zu erheblichen Umwegen und Aufenthalten gezwungen, wodurch es viel mehr Zeit für den Gesamtflug braucht wie das Luftschiff. Flieger haben denn auch erklärt, daß der Flug über den Ozean, so lange er nicht ohne Zwischenlandungen ausgeführt werden könne, für sie des sportlichen Wertes und Reizes ermangele. Engländern und Amerikanern hingegen läßt auch hier die Sport- und Rekordlust keine Ruhe, und von ihnen dürften daher wohl über kurz oder lang der erste Atlantik-Flug zu erwarten sein. Das englische Luftministerium ist mit dem Projekt einer regelrechten Ozean-Flugpost beschäftigt. Auch das Marine-Departement der Vereinigten Staaten will den Ozean-Flug ausführen lassen, für den ein Curtiß-Riesenflugzeug in Verwendung genommen werden soll. Der schwedische Multimillionär Chr. Hannevig hat für den Ozeanflug ein Riesenflugzeug bauen lassen, für das er den bekannten schwedisch-amerikanischen Flieger Sundstedt gewonnen hat.

Auch das Flugzeug wird den Weg über den Ozean machen, aber heute schon darf gesagt werden, daß dem Gelingen dieser Leistung im wesentlichen nur sportliche Bedeutung zukommt. Für die Flugpost Europa-Amerika, die über kurz oder lang Wirklichkeit werden wird, bringt das Luftschiff ganz andere praktische Anlagen mit als das Flugzeug, vor allem die ungleich größere Tragfähigkeit, die eine bedeutende Aufnahme von Passagieren, Post und Gütern gestattet, und die wesentlich schnellere Ausführung des Uebermeeresfluges.

Heute wartet die Welt in Spannung auf die Kunde von dem ersten Flug über den Ozean, der abermals eine neue Etappe jener großartigen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklung sein wird, die Menschen und Länder näher aneinander bringen soll.

*

Neue Luftverkehrslinien.

Im nächsten Monat sollen regelmäßige Luftpostverbindungen zwischen Kopenhagen und einigen Städten in Jütland eingerichtet werden. In Deutschland hat man hierfür vier Flugzeuge gekauft, mit denen man vier Monate hindurch Versuchsflüge — und zwar mit Land- und Wasserflugzeugen — unternehmen will. Die erste Linie wird Kopenhagen—Aarhus, die zweite Kopenhagen—Aalborg. Wenn die Versuche gut ausfallen, will man einen regelmäßigen Flugpostverkehr einrichten. Eine englische Luftgesellschaft will einen regelmäßigen Post- und Personenverkehr auf der Linie Hull—Esbjerg—Kopenhagen einrichten. Von dort sollen Zweiglinien nördlich nach Gotenburg und Kristiania, nordöstlich nach Stockholm, Helsingfors und Petersburg, und schließlich nach Antwerpen und Rotterdam führen.

aufrechterhalten. Zwei große Prinzipien beherrschten Wilsons Gedankengang: nationale Selbstbestimmung und Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken, also nationale und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Und was fordern heute die Alliierten und Assoziierten? Die Besetzung der Rheinlande samt der Brückenköpfe auf längstens 15 Jahre, 15jährige französische Verwaltung des Saarbeckens unter Einschluß Homburgs, und dann Zurückauf der Kohlenlager gegen Gold und eine Volksabstimmung, für welche nationale Zukunft sich dieses rein deutsche Land und diese rein deutsche Bevölkerung entschließen wolle. Besonders bezeichnend, weil durch keinerlei, noch so fern liegende Gründe zu belegen, ist die geforderte Abtretung der Nordostecke Ostpreußens an die assoziierten Mächte. So sieht unser nationales Selbstbestimmungsrecht und unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit aus. Das Dokument von Versailles wimmelt von Durchbrechungen dieses zweiten großen Prinzips, sollen doch unser gesamter Besitz und alle Einnahmen Deutschlands, sowie die deutschen Gliedstaaten an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiederherstellungen, sowie aller Lasten haften, die sich aus dem vorliegenden Vertrage oder irgendwelchen sonstigen Abmachungen des Waffenstillstandes ergeben. Aber ich will nur die eine, die ungeheuerlichste Bedingung anführen: „Innerhalb höchstens zwei Jahren soll Deutschland zwanzig Milliarden Mark in Gold, in Waren, Schiffen usw. bezahlen, und zwar auf Grund der uns zu präsentierenden Schadenersatzzahlung, die 1921 festzustellen sein würde.

Zwei Jahre soll unser Wirtschaftsleben, unsere gesamte handelspolitische Gestaltung und die Lebensführung der einzelnen wie des ganzen Volkes unter dem Damoklesschwert einer unbekannten Forderung stehen, das jede Voraussicht und jede Berechnung in Stücke hauen muß.

Das soll unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit sein. Meine Damen und Herren! Jedes weitere Wort würde die Unmöglichkeit und Unbarmherzigkeit dieser Bedingungen abschwächen, die nichts anderes ist, als ein befristetes Todesurteil.

Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung muß auch dieses, jedes Gefühl aufwühlende Dokument des Hasses und der Verblendung politisch nüchtern behandeln.

Sie würde ihre Pflicht auf das Schärfste verletzen, wenn sie sich Empfindungen überlassen wollte, die — das dürfen Sie mir glauben — mir ebenso nahe liegen, wie sicherlich Ihnen allen.

Sie kann sich allerdings nur schwer zu der Ansicht verstehen, daß unsere Gegner in dieser ernstesten Stunde eine Art Abhandelungsprogramm vorgelegt haben, um das nun das Schacherspiel angehen kann.

Sie erhofft daher eine Einigung nicht vom Handeln, sondern vom Verhandeln.

In diesem Sinne wies sie die Delegation in Versailles an, alles das, was ich vor Ihnen auszuführen die Ehre hatte, den feindlichen Regierungen in einer Note darzulegen und gleichzeitig die gewünschten Gegenvorschläge innerhalb der vorgesehenen Frist in Aussicht zu stellen und schließlich eine Anbahnung mündlicher Aussprache zu versuchen, in der vor allem Auskunft über die Gründe zu erteilen wäre, welche zur Aufstellung dieser oder jener Forderungne führten. Die Reichsregierung will zu Verhandlungen, will zum Frieden kommen. Was Graf Rantzau namens der Delegation sagte: „Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann," sagte er ganz im Sinne der Reichsregierung. Wir werden diesen Jakobskampf mit dem Engel des Friedens mit allen Kräften führen, mit unsern, ich darf sagen, auch mit Ihren, und hoffentlich mit allen Kräften unseren gesamten Volkes.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 9. Mai.

Sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion. Heute abend 7½ Uhr Sitzung im Rathause.

An Lübecks Bevölkerung.

Der Präsident des Reichsministeriums hat an den Senat das nachstehende Telegramm gerichtet:

„In schwerer Not und sorgenbelastet hat das deutsche Volk in den Monaten des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen entgegengeharrt. Mit ihrer Bekanntgabe ist bitterste Enttäuschung und unsägliche Trauer über das ganze Volk gekommen. Diesen Gefühlen aller Deutschen wird öffentlich Ausdruck zu geben sein. Auf Beschluß der Reichsregierung werden die Regierungen der Freistaaten ersucht, zu veranlassen, daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Lustbarkeiten unterbleiben und in den Theatern nur solche Darstellungen zur Aufführung gelangen, die dem Ernste dieser schwersten Zeit entsprechen."

Der Senat hat das Polizeiamt angewiesen, unverzüglich eine entsprechende Bekanntmachung zu erlassen.

Indem er solches hiemit zur öffentlichen Kenntnis bringt, gibt er sich der zuversichtlichen Erwartung hin, daß Lübecks Bevölkerung ihre würdige Haltung dadurch bewähren wird, daß sie auch von privaten Lustbarkeiten in diesen Tagen der Trauer und Sorge freiwillig Abstand nimmt.

Lübeck, den 9. Mai 1919.

Der Senat
der freien und Hansestadt Lübeck.
Bürgermeister Dr. Fehling.

Die Hausangestellten.

Eine der wenigen Klassen, an denen die Revolution spurlos oder doch so gut wie spurlos vorübergegangen ist, ist die Klasse der Dienstboten, der Dienstmädchen insbesondere. Zwar sind die Löhne in gewissem Umfange gestiegen — wenn auch keineswegs entsprechend den erhöhten Preisen sämtlicher Bedarfsmittel — sodann ist für die Mädchen durch die gesteigerte Nachfrage und das geminderte Angebot ein gewisser Ausgleich geschaffen, aber im großen und ganzen hat die Ausbeutung in des Wortes übelster Bedeutung nicht nachgelassen. Genau wie vor dem Kriege werden „Mädchen vom Lande" von den „Herrschaften" bevorzugt. Stellte man sie ehemals besonders gern in Dienst, weil sie noch nicht „verhetzt" — d. h. durch ihre Klassengenossinnen über ihre Klasseninteressen aufgeklärt waren — so weiß man sie heute wegen ihrer „guten Beziehungen" zum Lande ganz besonders zu schätzen. Vielfach bilden diese Beziehungen einen besonderen, natürlich nur mündlich vereinbarten Punkt des geschlossenen Dienstvertrages.

Ehemals wurden Mädchen ohne „Anhang" bevorzugt, weil man von diesem gleichfalls eine „Verhetzung" befürchtete; heute sind Angehörige — auf dem Lande wohnende natürlich — geradezu ein Erfordernis für die „Herrschaft". Warum sollte man auch nicht das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden?

Den Mädchen werden die elementarsten Menschenrechte noch vorenthalten. Zwar ist die preußische Gesindeordnung (von 1810!) aufgehoben, aber die Forderungen auf Beseitigung der Ausbeutung, auf Einführung des Achtstundentages, auf Arbeitsruhe sind noch heute unerfüllt. Noch heute besteht vielfach das von der „Herrschaft" so gern als „patriarchalisch" hingestellte Verhältnis der Abhängigkeit des Mädchens, daß dieses abends, wenn es „zu spät" nach Hause kommt — — die Kette vor die Wohnungstür vorgelegt findet. Aber natürlich, die Moral des Mädchens muß ja geschützt werden.

In alle diese Fragen, insbesondere betr. den achtstündigen Arbeitstag und die Arbeitsruhe, mit energischer Hand radikal einzugreifen, sei den maßgebenden Stellen dringlichst ans Herz gelegt. Auch das ist ein Gebot der Stunde!

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag d. 12. Mai wird sich mit folgender Tagesordnung beschäftigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Notstandsarbeiten bei der Straßenbahn. (1919 S. Nr. 117, S. 363). 2. Versorgung des Landgebiets mit elektrischem Strom. (1919 S. Nr. 118, S. 365). 3. Schaffung einer Kanzlistenstelle bei der Behörde für das Feuerlöschwesen. (1919 S. Nr. 113, S. 353). 4. Neuregelung der Bezüge der Hülfslehrkräfte. (1919 S. Nr. 126, S. 387). 5. Beseitigung von Härten in den Anstellungsverhältnissen früherer Kriegsteilnehmer unter den Lehrern. (1919 S. Nr. 125, S. 382). 6. Verstärkung des Abschnitts XIX des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1919. (1919 S. Nr. 119, S. 367). 7. Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetze vom 21. November 1918 betreffend die Errichtung eines Wohlfahrtsamtes und die Zusammensetzung des Stadt- und Landamtes. (1919 S. Nr. 122, S. 373). 8. Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetz vom 21. November 1918, betreffend die Schaffung eines Arbeitsamtes. (1919 S. Nr. 121, S. 371). 9. Erlaß eines fünften Nachtrages zum Eingemeindungsgesetze vom 13. November 1912. (1919 S. Nr. 115, S. 359). 10. Verstärkung der Mittel für die Theaterbehörde. (1919 S. Nr. 117, S. 351). 11. Erweiterung des Musikpavillons bei der Stadthalle. (1919 S. Nr. 116, S. 361). 12. Verstärkung der Mittel für die Uniformbeschaffung der Lotsen. (1919 S. Nr. 111, S. 349). 13 Verbreiterung der Brücke über die Steinau. (1919 S. Nr. 114, S. 357). 14. Verstärkung der Mittel für Instandsetzungsarbeiten im Museumsgebäude am Dom. (1919 S. Nr. 123, S. 276). 15. Herstellung eines Gleis-Anschlusses für die Firma Fr. Ewers & Co. (1919 S. Nr. 124, S. 378). 16. Enteignung eines Grundstücks für die Gleisverbindung zwischen der Schlutuper Linie und dem Konstinbahnhof. (1919 S. Nr. 120, S. 369). III. Antrag von C. Meyer: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in Anbetracht, daß bei der Straßenregulierung vom Moislinger Baum bis zur Travenbrücke eine ziemliche Steigung geblieben ist, bei der Verlängerung der Straßenbahnlinie Nr. 9 bis zum Kaffeehaus in Moisling vor der Gleisanlage eine Aufschüttung von rund 1 m Boden vorzunehmen, damit der Berg mehr fortfällt und diese Arbeit baldigst als Notstandsarbeit ausführen zu lassen.

Begrenzte Freigabe der Küstenschiffahrt. Der Schiffahrt-Zeitung, Hamburg, wird gemeldet: Die Schiffahrt für deutsche Schiffe unter 1600 Brutto-Register-Tonnen im deutschen Küstenverkehr und im Verkehr mit Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden und Finnland ist unter folgenden Bedingungen freigegeben worden: 1. Diese Genehmigung gilt für alle deutschen Schiffe mit Ausnahme derjenigen, die erst seit Juli 1914 unter deutsche Flagge gekommen sind. 2. Zugelassen ist der deutsche Küstenverkehr für Güter jeder Art unter der Bedingung ausschließlichen Verkehrs zwischen deutschen Häfen und ohne Berührung neutraler Häfen. Der Verkehr mit den genannten neutralen Ländern ist begrenzt auf Lebensmittel und solche Güter, die nicht in folgender Sperrliste enthalten sind: a) Kriegsmaterial, b) Kohle und Koks, c) unbearbeitetes Holz, Bauholz und Holzmark, d) Baumwolle, e) Farbstoffe, f) zu nachfolgenden Kategorien gehörige Eisen- und Stahlprodukte: Gußplatten, Barren, Zylinder, Konstruktionsstahl, Stahlschienen, Stahlblech, g) Zucker, h) Fensterglas, i) Werkzeugmaschinen, elektrische Maschinen, Zubehörteile, k) Gold, Silber und Wertpapiere. Ueber Zulassung von Gütern der vorgenannten Sperrliste schweben Verhandlungen. Für Reisen von neutralen Ländern muß jedes Schiff ein Zertifikat der betreffenden Interallied Trade Comitee in Kopenhagen, Haag, Christiania, Stockholm oder Helsingfors an Bord haben, daß seine Ladung in Ordnung ist, während im deutschen Küstenverkehr solche Zertifikate nicht erforderlich sind. 3. Passagierschiffe sind von den Alliierten nur widerruflich zugelassen. 4. Fahrterlaubnis für Schiffe der genannten Größenklasse, die in russischen, spanischen, holländischen und afrikanischen Häfen liegen, ist vorläufig verweigert.

Maifröste. Kälterückfälle im Mai, wie wir sie zurzeit erleben sind nichts Seltenes, und sozusagen „populär" sind die Kälterückfälle am 11., 12. und 13. Mai, den sogenannten gestrengen Herren oder Eisheiligen (Mamertus, Pankratius und Servatius), da der Volksglaube an diesen Tagen schadenbringenden Frost erwartet. Die Temperatur der Luft liegt in diesen Tagen dem Gefrierpunkt noch so nahe, daß bei stärkerer Abkühlung Frost und damit Schädigung des noch jungen Pflanzenwuchses erfolgt. Natürlich treten solche Kälterückfälle nicht in jedem Jahre regelmäßig ein; sie können sich — wie es diesmal der Fall ist — auch verfrühen oder verspäten, scheinen aber in einer fortlaufenden Reihe von Jahren häufiger, dann aber wieder seltener zu sein. Trotz eingehender wissenschaftlicher Untersuchungen hat man ihre Ursachen bisher nicht ergründet. Gewöhnlich bewirkt ein aus noch unbekanntem Anlaß erscheinender niedriger Luftdruck im Südosten im Verein mit einem Hochdrucksgebiet im Nordwesten von Europa einen Kälterückfall in dem einen oder anderen Teile Mitteleuropas. Es ist merkwürdig, daß die Maifröste dem Laien viel beträchtlicher erscheinen als z. B. die noch regelmäßiger wiederkehrenden und noch energischeren Kälterückfälle im Juni, bei denen wegen der in diesem Monat herrschenden höheren Temperaturen ein Sinken unter den Frostpunkt ausgeschlossen ist.

Neuregelung der Verteilung der Reichs-Textilware. Die Verteilung der Reichs-Textilware aus Heeresbeständen soll nunmehr erfolgen. Sie geschieht durch eine Anzahl von Fachverbänden, die nach einem festgesetzten Schlüssel bestimmte Mengen erhalten und die zugeteilte Ware an die Firmen des Groß- und Einzelhandels der Konfektion, des Handwerks usw. weitergeben. Man hofft, auf diese Weise die Ware unter Ausschaltung aller zeitraubenden Maßnahmen auf dem schnellsten Wege den Verbrauchern zuzuführen, und will mit aller Kraft daran arbeiten, um die berechtigten Wünsche nach schnellerer Lieferung zu erfüllen.

Infolge der Knappheit an Baumaterialien bedürfen Bauanträge besonderer Genehmigung. Wir verweisen auf das diesbezügliche Inserat.

Die Kriegervereine gegen den Feind. Im Amtsblatt meldet sich „ein hoher Fünfziger, der jeden Tag bereit wäre, noch mitzuziehen," folgendermaßen: „Wo bleiben eigentlich bei all' der Not, in welcher sich das Vaterland gegenüber dem äußeren Feinde befindet, unsere Kriegervereine vom Kyffhäuserbund, die im Reiche am weitestverzweigte Organisation, von lauter militärisch gedienten Leuten, die doch in allererster Linie zur Organisation einer Landesverteidigung des Vaterlandes berufen sein würden, und der sich alsbald das ganze deutsche, wehrfähige Volk sofort ohne Unterschied der Person oder des Standes zur Verfügung stellen würde?" — In dieser furchtbar ernsten Zeit nimmt sich die Anregung der Landesverteidigung durch den Kyffhäuserbund wie ein schlechter Witz aus. Mit solchen Mitteln macht man kaum den gewünschten Eindruck. Ebensowenig am Platze ist es, wenn Dr. Kronthals seine Leser in dieser Zeit des Elends und Hungers anschreit, daß jetzt nicht Zeit sei zum Fressen und Saufen! Die Fresser und Säufer sind die gleichen, welche früher jeden Verständigungsfrieden verhöhnten.

Verkauf von ärztlichen Geräten. Das Kriegsministerium San.-Departement macht unter dem 8. 4. 1919 bekannt, daß der Verkauf von ärztlichen Geräten und Verbrauchsgegenständen an Aerzte, Zahnärzte, Zahntechniker und Militärapotheker, Kleindrogenhandlungen, Apotheken, Krankenhäuser usw. unmittelbar durch die Sanitätsdienststellen mit dem 30. 4. 1919 aufhört. Nach diesem Zeitpunkte können nur noch Anträge von Aerzten, Zahnärzten, Zahntechnikern und Militärapothekern Berücksichtigung finden, die erst nach dem 1. 4. 1919 aus der Gefangenschaft oder aus den bisher besetzten Gebieten nach der Heimat zurückkehren.

Die Eutin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft teilt uns mit, daß in der Sitzung des Aufsichtsrates am 4. ds. Mts. beschlossen worden ist, der für den 30. ds. Mts. einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1918 die Verteilung einer Dividende von 3½ Prozent für die Aktien Buchstabe A und von 1 v. H. für die Aktien Buchstabe B vorzuschlagen.

Beim Opfertage für unsere Gefangenen werden, wie die Landesgruppe Lübeck des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mitteilt, neben Postkarten blaue Kunstblumen als Gegengabe an die Spender ausgegeben. Die Gaben sind dazu bestimmt, die Not unserer Gefangenen zu lindern. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ersucht in einem Aufrufe sich an der Sache zu beteiligen.

Schiffswerft von Henrh Koch, A.-G., Lübeck. In der gestrigen Generalversammlung der Aktionäre wurde ohne Debatte 6 Prozent Dividende genehmigt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates erklärte, daß er hoffe, das Unternehmen durch die gegenwärtigen Wirren hindurchbringen zu können. Die abgeschlossenen Neubau-Verträge sind von der Werft sämtlich annulliert worden. Dieserhalb von den Reedern angestrengte Prozesse sind zum Teil schon im Vergleichswege erledigt worden, zum Teil darf man auf eine Einigung unter Mitwirkung des Demobilmachungsamtes in Berlin hoffen. Tatsächlich könnten heute nur noch Neubauten in Regie übernommen werden, da die Verhältnisse sich von Grund aus geändert haben. Auf eine weitere Anfrage, ob wegen des Kohlenmangels mit einer Betriebseinstellung zu rechnen sei, wurde erwidert, daß, wenn keine Kohlen eintreffen, schon mit Ablauf dieser Woche wahrscheinlich der Betrieb auf kurze Zeit eingestellt werden müsse. Die Brennstoffvorräte seien dann zu Ende, obgleich die Werft in letzter Zeit ihren Vorrat schon durch Torf usw. gestreckt habe. In gleicher Lage befänden sich übrigens alle anderen Lübecker industriellen Betriebe.

* **Diebstahl.** In der letzten Nacht sind aus einem Hause im Steinraderweg mittelst Einbruchs folgende Sachen gestohlen: 12 große silberne Eßlöffel, gez. M. S. mit Krone, 20 große silberne Gabeln, gez. M. S. mit Krone, 9 kleine Mokkalöffel, nicht gezeichnet, 10 große Teelöffel, gez. M. S. mit Krone, 1 großer Aufschöpflöffel, gez. M. S. mit Krone, 2 Kinderlöffel, gez. R. K., 1 Gabel, 1 Löffel, gez. R. K., 6 Teelöffel, gez. R. K., 10 Teelöffel, gez. E. K., 1 Serviettenring, gez. Hans, 2 Löffel, tragen den Firmenstempel Buchwald, 1 Serviettenring, gez. Ruth, 2 große Löffel, nicht gezeichnet, 3 Teelöffel, nicht gezeichnet, 1 dunkler Herren-Wintermantel, mit Firmenstempel Wonkowitz und Mk. 158.— bares Geld.

Malente-Gremsmühlen. Der neue Gemeinderat wählte den Genossen Lagerhalter Wecker zum ersten und den Kaufmann Zimmermann zum zweiten Beigeordneten. Auf Antrag der Lehrer beschloß der Gemeinderat die Anschaffung aller Utensilien für den Zeichenunterricht von Gemeinde wegen. Dieser Beschluß wurde auch auf die Beschaffung sämtlicher Schreibhefte ausgedehnt. Die Ortschaften Krummsee und Sielbeck richteten an die Regierung das Ersuchen um Loslösung von der Gemeinde Malente und Bildung einer besonderen Gemeinde „Holsteinische Schweiz". Im Gemeinderat, der sich gutachtlich zu äußern hatte, war wenig Stimmung dafür vorhanden. Das Wohnungsgeld der Lehrer wird auf 650 Mk., das der Lehrerinnen auf 325 Mk. festgesetzt. In Hinsicht auf die Einheitsschulbestrebungen wurde der Antrag auf fernere Unterstützung der Privatschule mit 500 Mk. abgelehnt. Anläßlich der geplanten Vergrößerung des Friedhofes stellt der Gemeinderat an den Kirchenrat das Ersuchen, den Kirchhof an die Peripherie des Ortes zu verlegen. Da die Sitzungen des Gemeinderats auch fernerhin an Nachmittagen stattfinden sollen, wird die nächste Versammlung sich mit der Frage der Anwesenheitsgelder an die Mitglieder zu befassen haben.

Rostock. Tarifvertrag für Forstarbeiter. Auf Antrag des Landarbeiterverbandes wurde zwischen der Gauleitung Rostock und den mecklenburgischen Staatsforsten ein Tarifvertrag abgeschlossen, der ab 1. Mai bis Ende Oktober d. J. gelten soll. Infolge der schweren Forstarbeit wurde eine achtstündige Arbeitszeit vereinbart. Als Entlohnung für vollwertige Arbeiter soll pro Tag 8,50 Mk. gelten, für Männer im vorgerückten Alter 4,80 Mark, für Frauen 4,50 Mk. und für Kinderarbeit 2,50 Mk. Je ¾ Stunde Gehzeit zur und von der Arbeit soll ohne Bezahlung geleistet werden. Mehr Gehzeit wird pro Kilometer mit 15 Pfg. vergütet.

Neueste Nachrichten.

Billigere Lebensmittel für die Minderbemittelten.

Berlin, 9. Mai. Reichsernährungsminister Schmidt beabsichtigt eine Staffelung der Lebensmittelpreise innerhalb der Gemeinden derart, daß Personen mit hohem Einkommen einen Zuschlag auf den Bezug gewisser Lebensmittel zahlen sollen, zugunsten der ärmeren und notleidenden Kreise, denen durch die Zuschüsse eine Verbilligung der Lebensmittel gewährt werden könne.

Deutsche Gegenvorschläge.

Berlin, 9. Mai. Die P. P. N. schreiben: Die deutsche Regierung wird in vollem Bewußtsein der historischen Bedeutung der Stunde weder mit einem klaren Ja, noch mit einem klaren Nein antworten. Sie wird aber präzise Gegenvorschläge machen, die frei von jeder kleinlichen und parteilichen Auffassung sind und die den 14 Punkten Wilsons voll und ganz gerecht werden. Dann wird sich erweisen, ob die Alliierten, bei ihrem eigenen Wort genommen, zu ihrem Worte stehen oder den schmählichsten Verrat treiben, den die Geschichte gesehen hat und gegen den der Einmarsch in Belgien, so bedauerlich er sein mag, nur ein harmloses Kinderspiel gewesen ist.

Ein Ahnungsloser.

Versailles, 9. Mai. Die Stimmen der Morgenpresse, die sich zum Friedensvertrag äußern, sind noch spärlich. Gustav Hervé schreibt in der „Victoire": Das ist der Frieden, den wir erträumten, ohne Gewalt, ohne Annexion, ohne Eroberung, ohne ungerechte Zergliederung Deutschlands. Ruhm unserem alten Tiger, der trotz seines unversöhnlichen Deutschenhasses und seiner Wünsche nach der Rheingrenze seine annektionistischen Leidenschaften zügelte. — Verrückt!

Ein Fußtritt dem Sterbenden.

Amsterdam, 9. Mai. (Tel.-Union.) Aus Neuyork wird gemeldet, daß die Morgenblätter übereinstimmend erklären, Deutschland werde durch die Friedensbedingungen völlig machtlos und finde damit das Schicksal, das es verdiene.

Ein Arbeitermanifest zu den Friedensbedingungen.

London, 9. Mai. (Tel.-Union.) Reuter meldet: Ein Manifest der Arbeiterpartei (welcher? Red.) erklärt, daß Teile des Friedensvertrages den Wilsonschen Erklärungen widersprechen. (So? Red.) U. a. wird Berücksichtigung der Bedürfnisse des deutschen Volkes bei Eintreibung der Entschädigungen, allgemeine Einschränkung der Rüstungen, Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen, Malmedy und anderen Gebieten an der deutschen Grenze gefordert. — (Es scheint sich hier um eine zurechtgestutzte Reutermeldung zu handeln, die sich so oft verwirrend herumtreiben.)

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Ferien-Kolonien

Anmeldungen zur Teilnahme an den diesjähr. Ferienkolonien sind vom **12. bis zum 16. Mai** bei dem betr. Rektor zu bewerkstelligen. Spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt.

1899) **Der Vorstand.**

:: Komitee- und Komissionssitzungen ::

Sozialdemokratischer Verein

5. Distrikt.

(Hüxtertor-Mühlentor).

Versammlung

am Sonnabend, dem 10. Mai abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 2.

Um vollzähliges Erscheinen der Genossen wird gebeten.

Der Distriktsführer.

1904) Karl Wittfoot.

Konfirm. oder Schulmädchen für nachmittags gesucht. (1930 Steinrader Weg 47, II. r.

Ein Laufbursche außer der Schulzeit gesucht. (1901 **Georg Petersen**, Hüxstr. 19.

Gesucht ein Portier.

1925) **Adlershorst.**

Ein fast neuer schwarzer Hut mit Federgarnitur zu verkaufen. 1920) Attendornstraße 31 I.

Zu verk. 2 Decken, 1 Militärrock u. Hose, 1 Paar Stiefel Gr. 28, zu vert. (1926) Blumenstraße 9 I

Gr. Stelliger Kaninchenstall zu verkaufen. (1923 Große Burgstraße 30

Sofa, Tisch, 2 gl. Bettstellen, Unterbett, seid. Sommerblusen, billig. (1933) Hundestr. 73, part.

Zu kaufen gesucht **2 Fahrradmäntel und Schläuche.** Angeb. mit Preis unter **L 25** an die Exp. dies. Bl. (1918

Zu kaufen gesucht (1896 **Schaufenster** 1,70×1,15, **1 Tür und schottische Karre.** Angebote unter **S P** an die Exp. d. Bl.

Das beste

Kartoffelland

wird Sonntag morgen 7½ Uhr in der Heide anfangend vermessen. (1922

Wulfsdorf. B. Schmidt.

Meine Verlobung mit Frl. **Frida Wendt** erkläre ich hiermit für aufgehoben.

1900) **Willi Gildemeister**

Extra starke Hand-

Blockwagen

3–8 Zentner Tragkraft.

Karl Schulmerich

1915) Mühlenstr. 28.

Taschenuhren Schmucksachen Silberwaren Verlob.-Ringe

Willi Westfehling 32 Holstenstr. 32

1912) Reparaturwerkstatt.

Kartenbriefe

sind vorrätig.

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co

Vom Militär entlassen, empfehle mich von nun ab wieder **als Masseur in und außer dem Hause.** (1913

Karl Kaehding, Marlistr. 21.

J. H. Pein

Am Markt 12. Breite Straße 64. 1916

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Wolle zum Spinnen und Färben. (1911 Annahmestelle **L. Duve, Gr. Burgstraße 32.**

Haltbare

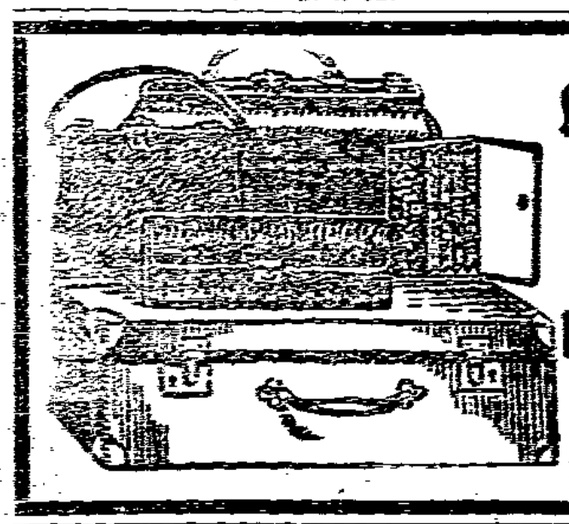
Hosenträger

weiche Kragen zum Selbstwaschen

Krawatten Papier-Wäsche

Aug. Janensch

1914 Sandstraße 6.



Die feinsten Lederwaren kauft man am billigsten in der Lederwarenfabrik J. Jräntel, Lübeck, (190 **Breite Str. 54.**

Hansa-Halle.

1929) Heute Freitag:

Grosses Tanzkränzchen.

Obiges Angebot zeigt den Abbau der Preise aufs deutlichste.

Rudolph Karstadt

Komm.-Ges. — Lübeck

1928

Spezial-Angebot unserer Trikotagen-Abteilung

Baumwollene

Unterhemden

für Damen und Herren fein gestrickt, mit Vorderschluß

19.75 Mk.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H. (1927) **LÜBECK.**

Athleten-Klub „Hania" von 1888.

Großer Ball

in den „Zentral-Hallen"

am Sonnabend, dem 10. Mai. (1909

Anfang 6 Uhr. **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Fleischer.

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum Ball

am Sonnabend, dem 10. Mai, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.

Um gütigen Zuspruch bittet **Der Vorstand.**

Saalöffnung 6½ Uhr. (1906) Anfang 7 Uhr.

FRIEDRICHSHOF.

Sonnabend, den 10. Mai: (1897

Großer Ball.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.

Hierzu ladet freundlich ein **Sportklub „Immervorwärts".**

Zum Wiederverkauf an jedermann geeignete Artikel!

Hunderte von Bezugsquellen leichtverkäufl. Massen-Artikel jeder Art finden Sie in dem großen Fachblatt: **Das Versandhaus in Pößneck-B.** Nummer gratis. (1924

Beste Bezugsquelle für

Blockwagen

in allen Größen, bis 8 Ztr. Tragkraft. (1910

C. Bilesath Ww., Sandstr. 9.

St. Jürgen-Schweine-Versicherungsgilde von 1872.

Außerordentliche

Gildeversammlung

am Sonntag, 11. Mai, nachm. 3 Uhr, in Friedrich-Franz-Halle

Tagesordnung: 1902

1. Erhöhung der Beiträge zu den Nachtagen.
2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich.

1902) **Der Vorstand.**

Eine ungebrauchte eichen lack. **Schlafstuben-Einrichtung** mit Marmor u. Matratzen billig zu verkaufen. (1917 Wahmstraße 68.

Sozialdemokratischer Verein

(Ortsgruppe Moisling).

Mitglieder-Versammlg.

am Sonnabend, dem 10. Mai abends 8 Uhr im Kaffeehaus Moisling.

Tagesordnung:

1. Abrechnung von der Maifeier.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

1905) **Der Vorstand.**

Theater-Abend

der Sozialdemokratischen Frauen von Schwartau und Rensefeld

im Lokale des Herrn **E. Cordts, Seereth,**

am Sonntag, dem 11. Mai

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Um regen Zuspruch bittet

1919) **Der Vorstand.**

Kinder haben keinen Zutritt.

Brauerei Fackenburg.

F. Langer. (1939

Theatralische Gesellschaft „Edelweiß" (Lübeck).

Auf vielseitigen Wunsch und des großen Erfolges wegen.

2. Bunter Abend

Sonnabend, den 10. Mai abends pünktlich 8 Uhr.

Hansa-Theater

Heute (1907

u. folg. Tage, abds. 7 Uhr, das

Grandiose Weltstadt-Varietee-Programm Hemberger

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918 19. 1921

Freitag, den 9. Mai:

25. Vorst. im Freitag-Abonn.

Anfang 5½ Uhr.

Gastspiel v. Alfons Schützendorf vom Stadttheat. in Hamb.

Die Meistersinger von Nürnberg.

Oper in drei Akten von Richard Wagner.

Hans Sachs: Alfons Schützendorf.

Sonnabend, den 10. Mai:

Die Fledermaus.

Sonntag, den 11. Mai, nachmittags 2 Uhr:

Volksvorstellung. Nur sechs Schüsseln.

Nachmittags 5½ Uhr:

Die Meistersinger von Nürnberg.

Hans Sachs: Alfons Schützendorf.

Montag, den 12. Mai, abends 7 Uhr:

Struensee.

Die Verlosung der Plätze für die Volksvorstellung findet am Freitag, dem 9. u. Sonnabend, dem 10. Mai, abends von 7½ bis 8½ Uhr statt. Preise der Plätze 70 Pfg.

Beilage zu Nr. 107. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag, den 9. Mai 1919

Abbau der Warenpreise.

Die ungeheure Teuerung, die auf der Bevölkerung lastet, hat immer wieder erhöhte Lohnforderungen zur Folge. Der Unternehmer schlägt die erhöhten Ausgaben auf die Gestehungskosten, da er seinen Gewinn möglichst stabil erhalten will, die Ware wird wieder teurer und so wird die Schraube ohne Ende weitergedreht. Es ist aber verkehrt, zu fordern, daß die Löhne abgebaut werden, um eine Verbilligung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zu erreichen, denn der Arbeiter muß leben, sein Magen kann nicht warten, bis sich etwa die Wirkung niedriger Löhne auf dem Markte geltend macht. Vielmehr ist es notwendig, mit der Ermäßigung der Warenpreise vorzugehen, die Kosten der Lebenshaltung werden alsdann neue Lohnforderungen überflüssig machen, ohne von den sonstigen heilsamen Wirkungen zu sprechen. Dieses Ziel kann bei der jetzigen Lage der Dinge nur durch eine Beschränkung des Unternehmergewinns erreicht werden. Hierzu bedarf es nicht einmal vieler neuer gesetzlicher Bestimmungen, mit der ernstlichen Anwendung der Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preissteigerung könnte man schon viel erreichen.

Der Unternehmer ist von den Kriegsjahren her gewöhnt, außerordentliche Gewinne zu erzielen. In den Jahresabschlüssen der Aktiengesellschaften erscheinen noch immer Dividenden von 30 und mehr Prozent. Muß das sein? Die schöne Formel, die das Reichsgericht als Grundlage für die Anwendung der erwähnten Bundesratsverordnung ansieht: „Der Unternehmer betreibt nicht nur Eigenwirtschaft, sondern ist ein Glied der gesamten Volkswirtschaft und hat als solches den Beruf, gemeinwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen", ist nichts weniger als Gemeingut der Unternehmer geworden. Sie betrachten vielmehr noch immer ihren Betrieb als ihre Domäne, die nur dem Zwecke zu dienen hat, möglichst viel Nutzen abzuwerfen.

Hier muß mit allen Mitteln eingegriffen werden, wenn sich die Unternehmer auch noch so stark dagegen wehren. Die Anwendung der Verordnung gegen Preiswucher darf sich nicht auf einige Kleinhändler beschränken, sondern die Zwischenhändler und Erzeuger der Waren müßten gefaßt werden. Als Gegenstände des täglichen Bedarfs werden nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts fast alle Waren einschließlich der Rohstoffe angesehen. Wenn eine Dividende von 30 Prozent von einer Gesellschaft verteilt wird, die vor dem Kriege nur 5 Prozent bezahlte, so lasse sich der Staatsanwalt darüber Aufklärung geben, woher der Mehrgewinn kommt. Die Preiswucherverordnung gestattet ja nur einen Gewinn, der nicht etwa prozentual, sondern in Geldwert ausgedrückt dem im Frieden erzielten gleichkommt.

Natürlich müßte außerdem die Auskunftspflicht des Unternehmers gesetzlich festgelegt werden. Er müßte gehalten sein, staatlichen Kontrollorganen die Preisberechnungen vorzulegen, denn er hat ja „den Beruf, gemeinwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen", und kann seinen Betrieb nicht als seine Privatangelegenheit ansehen. Wir wissen, daß auch dann Umgehungen nicht verhindert werden, es würden aber doch gute Wirkungen erzielt werden können. Wirkliche Abhilfe kann erst geschaffen werden, wenn den Vertretern der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben selbst Einblick in die Geschäftsbücher gestattet wird, damit sie im Interesse der Gesamtheit auf Verbilligung der Waren durch Einschränkung des Unternehmergewinns und wirtschaftliches Arbeiten hinwirken können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Landestrauer!

Der Präsident des Reichsministeriums hat an die Regierungen der Freistaaten folgendes Telegramm erlassen:

„In schwerer Not und sorgenbelastet harrte das deutsche Volk in den Monaten des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen entgegen. Mit ihrer Bekanntgabe kam bitterste Enttäuschung und unsägliche Trauer über das ganze Volk. Den Gefühlen aller Deutschen wird öffentlich Ausdruck zu geben sein. Auf Beschluß der Reichsregierung werden die Regierungen der Freistaaten ersucht, zu veranlassen, daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Lustbarkeiten unterbleiben und in den Theatern nur solche Darstellungen zur Aufführung gelangen, die dem Ernste dieser schwersten Zeit entsprechen.

Die U. S. P. zu den Friedensbedingungen.

In der preußischen Landesversammlung gab Adolf Hoffmann für die Unabhängigen eine Erklärung ab, in der sie den Gewaltfrieden aufs allerschärfste verurteilen und betonen, daß von den imperialistischen Regierungen der Entente nichts anderes zu erwarten war. „Schuld an diesem Ausgang und an der Not Deutschlands sind vor allem die Träger der imperialistischen Gewalt- und Raubpolitik, endlich alle bürgerlichen Parteien sowie seit 1914 die Nationalsozialisten. Diese Parteien haben kein Recht, sich über den Gewaltfrieden zu entrüsten. Wir protestieren jetzt aufs allerschärfste gegen den Gewaltfrieden von Versailles. Wir wenden uns an die Proletarier aller Länder. Sie werden den Gewaltfrieden zunichte machen durch die soziale Revolution."

Vom Pariser Rat.

Die deutschen Kolonien. Der Dreierrat beschloß, über die deutschen Kolonien wie folgt zu verfügen: Bezüglich der Zukunft des Togo-Landes und Kameruns werden Frankreich und Großbritannien dem Völkerbund gemeinsame Vorschläge machen. Was die anderen Kolonien betrifft, werden die Mandate folgendermaßen verteilt: Deutsch-Ostafrika fällt an Großbritannien, Südwestafrika an die Südafrikanische Union, die deutschen Samoa-Inseln fallen an Neuseeland, die anderen deutschen Besitzungen im Stillen Ozean südlich des Aequators an Australien mit Ausnahme von Nauru, für welch letzteres Großbritannien ein Mandat erhält, und die deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Aequators fallen an Japan.

Die chinesische Delegation reichte telegraphisch in Peking ihr Rücktrittsgesuch ein.

Senkung der Lebensmittelpreise statt Lohnerhöhung.

Im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten fand Mittwoch eine Besprechung mit den vier großen Eisenbahner-Organisationen statt. Die Regierungsvertreter erklärten, daß nach Lage der Staatsfinanzen eine weitgehende Lohnerhöhung nicht bewilligt werden könnte. Dagegen solle alles geschehen, um eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise durch schärfste Bekämpfung des Schleichhandels und Förderung der Lebensmitteleinfuhr herbeizuführen. Gegenüber diesen Ausführungen wurde es für angezeigt erachtet, zunächst in einem kleineren Kreise, an dem Vertreter der Eisenbahner-Organisationen teilnehmen sollen, zu erörtern, was zugunsten der Arbeiterschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch weiter geschehen könne.

Ueber das Schicksal der Münchener Kommunistenführer

wird vom Oberkommando jetzt authentisch mitgeteilt: Außer dem Oberkommandierenden der Roten Armee Egelhofer hat den Tod gefunden Gustav Landauer, ferner der Kommunist Sontheimer, der Kommunist Schuhmann, der Sohn eines Dresdener Redakteurs, der zu den Beratern der Sozialisierungskommissare Dr. Neurath gehörte (er ist in Kolbermoor von Bauern erschlagen) und der Kommunistenführer Radler. Verhaftet wurden ferner neun weitere Kommunistenführer, darunter Niekisch und Paulukum. Die Meldung über die Festnahme oder vom Tode der Haupträdelsführer Dr. Levien, Levine und Toller bestätigt sich bestimmt nicht. Allen drei gelang es zu entkommen.'

An der Bluttat gegen die katholischen Gesellenvereine in München waren nur 8 Mann von dem Freikorps Werdenfels beteiligt, das aus oberbayrischen Bauern besteht. Diese Leute waren ganz erhitzt und fanatisiert. In dem Keller haben sich furchtbare Szenen abgespielt, als diese 8 Mann wie die Wilden in den Menschenhaufen immer wieder hineinschossen. Dabei fanden sogar 2 Soldaten den Tod. Die Zahl der standrechtlich Erschossenen wird von polizeilicher Seite auf 800 bis 1000 Mann geschätzt.

Ein unabhängiges Urteil.

Zum Sturze der kommunistischen Münchener Regierung lesen wir in der unabhängigen „Volkszeitung für das Vogtland" folgende Betrachtungen:

„Idealismus und guter Wille können harte reale Tatsachen nicht außer Wirklichkeit setzen. Der Versuch, sich selbst über die Grenzen des augenscheinlich Möglichen oder Unmöglichen zu täuschen, führt zu Katastrophen, wie wir sie eben schaudernd in Bayern erleben.

Die Errichtung der Räterepublik in Bayern, die auf den drei sozialistischen Parteien fußte, war zwar ein Wagnis und hätte schwere Stürme zu bestehen gehabt. Immerhin aber war das Unternehmen nicht hoffnungslos. Aber die Errichtung einer Rätediktatur unter Ausschluß zweier sozialistischer Parteien und unter der alleinigen Herrschaft der in Bayern zahlenmäßig kleinen kommunistischen Gruppe war ein Beginnen, das den Keim des Zerfalls von vornherein in sich trug. Die Herrschaft dieser Räteregierung konnte nie weit über München hinausreichen. Das Land stand dem Unternehmen, das in einem einigen bayerischen Proletariat vielleicht unter schweren Kämpfen hätte behauptet werden können, ablehnend gegenüber. Und so war das Schicksal der Münchener Räteregierung bereits entschieden, ehe die Söldnertruppen der mehrheitssozialistischen Regierung in wildem Blutvergießen den Traum der Münchener Kommunisten ertränkten.

Die Wirkungen des gescheiterten Versuches werden schmerzlich sein. Die Regierung Hoffmann mußte sich auf bürgerliche Hilfe stützen, wollte sie der Lage Herr werden. Diese Hilfe wird nicht umsonst gewährt werden. In Bayern hatte man schon in den Zeiten der Ministerschaft Eisners immerhin resoluter in der Richtung zum Sozialismus gedrängt, als anderswo in den deutschen Gauen. Jetzt wird der Einfluß der kapitalistischen Kreise mächtig gestärkt sein und die Gefahr ist ungeheuer groß, daß sich die Ansprüche der Bürgerlichen in verstärktem Maße durchsetzen.

Das wird neue Erschütterungen, neue Kämpfe hervorrufen. Denn nur die Ueberwindung der kapitalistischen Einflüsse kann Ruhe bringen.

Die Einheit des Proletariats ist das erste Erfordernis, wenn eine Gesundung kommen soll. Die Gewaltmaßnahmen in München, das Waten durch Blut, schiebt diese Einheit in weite Fernen. Das ist das Schlimmste an der bayerischen Katastrophe."

Man kann von einem unabhängigen Blatte natürlich nicht verlangen, daß es sich ganz auf die Seite der bayerischen Mehrheitsregierung stellt, aber wohltuend berührt die Sehnsucht nach einer Einigung des Proletariats. Das Spartakustreiben stärkt tatsächlich nur die nichtsozialistischen Tendenzen. Wenn die Unabhängigen dies erst einmal wirklich einsehen und danach ihre Stellung einrichten, wird für unsere innere Entwickelung viel gewonnen sein.

Dänemark.

Hafenarbeiterstreik in Kopenhagen. Hier brach plötzlich der Streik sämtlicher Hafenarbeiter aus. Die gesamte Arbeit im Hafen liegt danieder. Es handelt sich nach der Nationaltidende um eine Kraftprobe der Syndikalisten, die die Generalversammlung der Hafenarbeiter, die Lohnfragen behandelte, sprengten.

Wirtschaftliches.

Protest gegen die Versteigerung deutschen Eigentums in Belgien.

Wie die P. P. N. an zuständiger Stelle erfahren, ist gegen die Verfügung des belgischen Ministers Jordans, wonach das gesamte in Belgien unter Sequester gestellte feindliche Eigentum innerhalb von 6 Monaten zu versteigern ist, von der Waffenstillstandskom-

Mein Reisegefährte.

Erzählung von Maxim Gorkij.

6. Fortsetzung.

Ich schrie ihm zu: „Halt dich doch fester!" und stieg selbst ins Wasser, mich an den Stricken haltend. Ich stieß auf etwas mit dem Fuß, und im ersten Augenblick konnte ich vor Schmerz nicht verstehen, was es war. Aber dann begriff ich es. Heiß stieg es in mir auf, ich wurde berauscht und fühlte mich so stark, wie nie zuvor. . . .

„Land!" schrie ich

Vielleicht riefen die großen Seefahrer, die neue Erdteile entdeckt haben, beim Anblick derselben dieses Wort, mit mehr Gefühl aus, als ich es tat, aber ich bezweifle, daß sie lauter als ich schreien konnten. Schackro heulte auf, und wir warfen uns ins Wasser. Aber wir wurden alle beide schnell wieder abgekühlt. Das Wasser reichte uns bis an die Brust und nirgends waren nur irgend welche sicheren Merkmale trockenen Ufers sichtbar. Die Wellen waren hier schwächer und sprangen nicht mehr, sondern rollten träge über uns. Glücklicherweise hatte ich die Schaluppe nicht aus den Händen gelassen. Und nun stellten wir beide uns an die Bordseiten, hielten uns an den Rettungsstricken fest und gingen vorsichtig aufs Geratewohl, den Kahn hinter uns herziehend, den wir inzwischen in eine natürliche Lage gebracht hatten.

Schackro murmelte etwas vor sich hin und lachte. Ich sah mich besorgt um. Es war dunkel. Hinter uns und rechts von uns war das Geräusch der Wellen stärker, nach vorn und links — stiller: wir gingen links. Der Boden war hart, sandig, aber ganz uneben. Zuweilen konnten wir mit den Füßen den Grund nicht erreichen und mußten mit den Beinen und einer Hand rudern, während die andere den Kahn festhielt; zuweilen ging uns das Wasser bis ans Knie. An tiefen Stellen heulte Schackro, und ich bebte vor Angst. Da plötzlich die Rettung — vor uns blitzte ein Feuer auf. . . .

Schackro schrie so laut er konnte; aber mir fiel es lebhaft ein, daß der Kahn Staatseigentum war; und ich veranlaßte ihn sofort, gleichfalls daran zu denken. Er hielt inne, aber nach einigen Minuten ertönte wieder sein lautes Schluchzen. Ich konnte ihn nicht beruhigen, es war mir nicht möglich.

Das Wasser wurde immer seichter . . . jetzt ging es bis an das Knie . . . jetzt bis an die Knöchel . . . das Wasser ist zu Ende! Wir hatten noch immer den Staatskahn mitgezogen; aber nun reichten unsere Kräfte nicht mehr, und wir ließen ihn liegen. Etwas wie eine schwarze Baumwurzel lag uns im Wege. Wir sprangen darüber — und stießen beide mit den nackten Füßen auf ein stachelig[illegible] Gras. Das tat weh, und seitens der Erde war es ungastlich; aber wir nahmen keine Notiz davon und rannten auf das Feuer zu. Es war eine Werst von uns entfernt und, lustig flackernd, schien es uns entgegenzulachen, aber rings herum wogte grausig die Finsternis. . . . .

6. Kapitel.

Drei riesige, zottige Hunde sprangen irgendwo aus dem Dunkel hervor und warfen sich auf uns. Schackro, der die ganze Zeit krampfhaft geweint hatte, heulte jetzt fürchterlich auf und fiel auf die Erde. Ich schleuderte den nassen Tschekmenj gegen die Hunde und bückte mich, mit der Hand nach einem Steine oder Stock suchend. Nichts war zu finden, nur das Gras stach mich in die Hände. Die Hunde stürzten vereint auf uns los. Da steckte ich zwei Finger in den Mund und pfiff so laut ich konnte. Sie sprangen zurück, und bald ließen sich Fußtritte und die Stimmen laufender Menschen vernehmen.

Nach einigen Minuten waren wir bei einem brennenden Holzstoß im Kreise von vier Tschabanen (kleinrussische Hirten), die Schafspelze trugen mit der Wolle nach außen. Schweigend und durchdringend, mißtrauische Blicke auf uns werfend, schauten sie uns an und hörten meine Erzählung.

Zwei saßen auf der Erde und rauchten, den Rauch in dicken Wolken von sich blasend; einer — groß, mit dichtem, schwarzem Vollbart und hoher Kosakenmütze — stand hinter uns, auf einen Stock gestützt, der einen kolossalen Wurzelknoten am Ende hatte; der vierte, ein junger, blonder Bursche, half dem weinenden Schackro sich entkleiden. Nicht weit von einem jeden von ihnen lagen ihre achtunggebietenden Stöcke. Etwa fünf Saschen von uns war die Erde auf eine große Strecke weit mit einer dicken Schicht einer festen, grauen, wolligen Masse bedeckt, einem Schneefelde im Frühling ähnlich, das zu schmelzen beginnt. Nur nach langem, aufmerksamem Hinschauen konnte man die einzelnen Figuren von Schafen unterscheiden, die hier dicht gedrängt nebeneinander lagen. Es mochten wohl mehrere zehntausend Stück sein, die hier vom Schlaf und vom Dunkel der Nacht zusammengepreßt zu einer dicken, dichten und warmen Schicht, die Steppe bedeckten. Zuweilen blökten sie jämmerlich und ängstlich.

Ich trocknete den Tschekmenj am Feuer und erzählte den Tschabanen alles der Wahrheit gemäß, erzählte auch von der Art, wie ich zu dem Kahn gekommen war.

„Wo ist denn der Kahn?" fragte mich der ernste, grauköpfige Alte, die Augen nicht von mir abwendend.

Ich sagte es ihnen.

„Gehe, Michael, suche danach!" . . .

Michael, der schwarzbärtige, warf den Stock auf die Schulter und ging zum Ufer.

Der Tschekmenj war trocken. Schackro wollte ihn über den nackten Körper ziehen, aber der Alte sagte: „Geh! Lauf erst, damit das Blut wieder warm wird. Lauf um das Feuer herum, nun!"

Schackro verstand ihn erst nicht, aber dann riß er sich plötzlich von der Stelle los und, nackt wie er war, begann er zu tanzen, einen wilden Tanz, wie ein Ball über das Feuer fliegend, sich auf der Stelle drehend, mit den Beinen auf die Erde stampfend, aus vollem Halse schreiend und mit den Händen gestikulierend. Es war ein furchtbar komisches Bild. Zwei von den Tschabanen wälzten sich auf der Erde, aus vollem Halse lachend, aber der Alte, ernsten Gesichts und ohne eine Miene zu verziehen, suchte mit den Händen im Takte des Tanzes zu klatschen, konnte ihn aber nicht treffen; aufmerksam beobachtete er den Tanz Schackros, den Kopf schüttelnd und den Schnurrbart bewegend, und rief fortwährend im tiefen Baß: „Hai-ha! So, so, hai-ha! Buz, buz!"

Vom Feuer des Holzstoßes beleuchtet, wand sich Schackro wie eine Schlange, nahm die verschiedenartigsten Stellungen an, sprang auf einem Beine, stampfte wiederholt taktmäßig mit beiden, und sein im Feuer glänzender Körper bedeckte sich mit dicken Schweißtropfen. Diese Tropfen erschienen im Glanze des Feuers rot wie Blut.

Jetzt klatschten schon alle drei Tschabanen in die Hände, ich aber trocknete mich, zitternd vor Kälte, am Feuer und dachte, wie glücklich dieses Abenteuer wohl einen Verehrer von Cooper oder Jules Verne hätte machen können: Schiffbruch und gastfreundliche Eingeborene und ein Tanz der Wilden um ein Feuer herum. . . . Aber bei diesem Gedanken beunruhigte ich mich doch sehr darüber, wie denn wohl hier die schönste Stelle, die ein jedes Abteuer hat, werden würde — der Schluß.

Schackro saß schon auf der Erde, eingewickelt in den Tschekmenj und aß irgend was, mich dabei mit seinen schwarzen Augen anblickend, in denen etwas aufblitzte, das in mir ein unangenehmes Gefühl erweckte. Seine Kleider trockneten, auf Stöcke aufgehängt, die in der Erde am Feuer steckten. Auch mir gab man zu essen, Brot und gesalzenen Speck.

Michael kam zurück und setzte sich schweigend neben den Alten.

„Nun?" fragte der Alte.

„Der Kahn ist da!" erwiderte kurz Michael.

„Wird er nicht weggespült werden?"

„Nein!"

Alle schwiegen und sahen mich an.

„Nun," sagte Michael, ohne sich an jemand direkt zu wenden, „soll ich sie in die Staniza (Kosakenansiedlung) zum Ataman bringen? — Oder vielleicht gar zu den Zollbeamten?"

„Da haben wir den Schluß!" dachte ich. Michael erhielt keine Antwort.

Schackro aß ruhig weiter und sagte kein Wort.

Fortsetzung folgt.

Mission in Spaa schärfster Protest mit dem Ersuchen um Rückgängigmachung dieser Verfügung erhoben worden. Da es sich um ungeheure Werte für die deutsche Volkswirtschaft handelt, ist dringend zu wünschen, daß diesem Ersuchen von seiten Belgiens stattgegeben werde.

Eine Schiffahrtslinie durch das Eismeer.

Von ihrem Korrespondenten aus Wladiwostok erhalten die „Times“ einen ausführlichen Bericht über das großzügige Projekt einer englischen Linie durch das Karische Meer. Es stammt von dem Norweger Jonas Lied, der jetzt nach London unterwegs ist. Er hat von der sibirischen Regierung die Ermächtigung erhalten, mit der englischen Regierung über den Austausch englischer Warenladungen an den Mündungen der Flüsse Ob und Jenissei gegen sibirische Erzeugnisse im Werte von hundert Millionen Mark zu verhandeln. Die russische Regierung legt in den Hauptflüssen Bojen und Leuchttonnen aus, um eine schnelle Ankunft der erwarteten Ladungen zu erleichtern. Eine Flotte geeigneter Schiffe und Schlepper soll England im Juli verlassen. Die sibirische Regierung schafft den nötigen Raum an Flußschiffen, die die englischen Schiffe an den Flußmündungen treffen sollen. Die Größe der Flotte, die England schickt, wird von der finanziellen Unterstützung der britischen Regierung abhängen. Die sibirische Regierung selbst drängt sehr zur Einrichtung der karischen Meerlinie, da die sibirische Bahn ganz unzulänglich für die Versorgung Sibiriens ist. An der Mündung des Jenissei wird jetzt ein Hafen angelegt, und man plant die Errichtung großer Lagerhäuser an der Westküste von Nowaja Semlja, wo die seewärts gehenden Dampfer anlegen sollen.

Außerordentlicher Verbandstag der Bauarbeiter Deutschlands.

Weimar, den 6. Mai 1919.

Dritter Verhandlungstag.

Ueber den

Abschluß eines neuen zentralen Tarifvertrages

berichtet Paeplow. Nach einer Schilderung über den Gang der Verhandlungen geht er auf die Verbesserungen ein, die der jetzt vereinbarte Tarif gegenüber den früheren aufweist. Die Agitationsklausel, die Arbeitsnachweisfrage in Verbindung mit der Einstellung und Entlassung von Arbeitern, die Regelung der täglichen Arbeitszeit bei mangelnder Beschäftigung, die Akkordarbeit und auch die Festsetzung der Löhne für Hochbauarbeiter, wenn sie in Tiefbaubetrieben beschäftigt werden, haben eine Aenderung erfahren, die den langjährigen Forderungen der Bauarbeiter weit mehr gerecht wird als bisher. Das Ergebnis der örtlichen Verhandlungen, soweit es sich bis heute überblicken läßt, ist dahin zusammenzufassen, daß der jetzige Lohn die 3½fache Höhe des Friedenslohnes erreicht hat. Wo die örtlichen Verhandlungen nicht zu Ende geführt worden sind, wird die endgültige Regelung durch ein Schiedsgericht herbeigeführt werden müssen. Wenn der Verbandstag sich für den Abschluß des Tarifvertrages auf ein Jahr entscheidet, wird er den Verbandsvorstand mit der Vollmacht betrauen müssen, die endgültige Regelung vorzunehmen.

Ueber den

Tarifvertrag im Tiefbaugewerbe

berichtet Behrendt-Hamburg. Der Wortlaut dieses zum erstenmal vereinbarten Vertrages schließt sich mit wenigen Aenderungen dem des Hochbaugewerbes an. In bezug auf die Lohnhöhe besagt er, daß den Erd- und Tiefbauarbeitern die gleichen Löhne gezahlt werden müssen, wie den Hilfsarbeitern im Hochbaugewerbe.

In der Diskussion wird von einer Anzahl Rednern die Zufriedenheit über die erreichten Verbesserungen ausgesprochen. Bemängelt wird nur, daß es nicht möglich gewesen ist, auch die Löhne der Lehrlinge zu regeln. Es wird auch wiederholt gewünscht, daß eine Vereinheitlichkeit der Löhne in den verschiedenen Sparten der Mitglieder eintritt zugunsten der ungelernten Arbeiter, deren Löhne aufrücken müssen. Ebenso wird von den Rednern die zentrale Regelung der Lohnfestsetzung vorgezogen. Es wäre damit erreicht worden, daß eine größere Einheitlichkeit in der Lohnerhöhung erzielt worden wäre.

Angenommen wird ein Antrag, dahin zu wirken, daß die Löhne der Hilfsarbeiter denen der gelernten Berufe möglichst gleichgestellt werden. Für die bei diesem Tarifabschluß notwendig werdenden Streiks **wird die Streikunterstützung um 50 Prozent der statutarischen Sätze erhöht.**

Der Abschluß der Tarifverträge für das Hoch- und Tiefbaugewerbe wird gegen 6 Stimmen angenommen.

Alsdann erfolgte die Regelung der Gehälter der Verbandsangestellten, die in minimaler Weise erhöht wurden, sowie die Diätenfestsetzung für die Delegierten.

Einige zum Statut gestellte Anträge wurden nach kurzen Begründungen und Klarstellungen abgelehnt oder durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Beschlossen wurde, daß vorübergehend die Streikunterstützung um 50 Prozent erhöht werden soll. Kriegsteilnehmer, die bis zum 30. Juni 1919 22 erhöhte Beiträge bezahlen, erhalten ebenfalls die höheren Unterstützungssätze.

Zur Sozialisierungsfrage

sprach Ellinger, Redakteur des „Grundsteins“.

In der mehrstündigen Debatte platzten die Ansichten scharf aufeinander. Heckert-Chemnitz forderte Rätesystem, Diktatur des Proletariats, entschädigungslose Enteignung der Kapitalisten, Inangriffnahme der Sozialisierung aller Betriebe innerhalb drei Monaten. Die große Mehrheit der Delegierten steht indessen auf dem Boden der Mehrheitssozialdemokratie, die die Sozialisierung vornehmen will auf dem Boden der Demokratie, und die entsprechende Resolution des Referenten wird angenommen.

Mit begeisternden Abschiedsworten fand der Verbandstag sein Ende.

Gewerkschaftsbewegung.

Fort mit den Gewerkschaftsführern. Dieser Ruf wird heute in zahlreichen Gewerkschaftsversammlungen laut. Viele von denen, aus deren Munde er ausgesprochen wird, haben keine Ahnung von der gewaltigen Arbeit, die ein solcher Gewerkschaftsführer für seine Berufskollegen sein ganzes Leben lang geleistet hat. Aber es ist nun einmal Mode geworden, von „Gewerkschaftsbonzen“, „Bureaukraten“ usw. zu sprechen. Vergessen ist in der gegenwärtigen Zeit daß die Männer, die nicht selten von ganz unberufenen Phraseuren so herabgesetzt und in den Schmutz gezogen werden, durch jahrzehntelanges unerschrockenes Eintreten für die Interessen ihrer Klassengenossen zehnmal mehr aufs Spiel gesetzt haben als diejenigen, die heute den Radikalen herausstecken. Zu einer Zeit, als noch ein gewisser Mut dazu gehörte, haben die jetzt auf leichtfertige Art aufs Straßenpflaster geworfenen Gewerkschaftsführer mühsam und unablässig am Aufbau ihrer Organisation gearbeitet. Zunächst jahrelang im Nebenamt; ganze Nächte mußten sie sich erst um die Ohren schlagen für diese ihnen am Herzen liegende Sache, um am anderen Morgen wieder an der Arbeit zu stehen. Das hat einen eisernen Willen, eine grenzenlose Energie, aber eine ebenso grenzenlose Liebe für die proletarische Sache erfordert. Und als die Organisation größer und größer wurde, so daß die Organisationsarbeit nicht mehr nebenamtlich bewältigt werden konnte, erfolgte die Anstellung eines solchen Mannes. Und mit welchem Gehalt erfolgte die Anstellung? Die alten Gewerkschaftsgenossen wissen es, daß für solche Posten keine großen Summen ausgeworfen wurden. Gleichwohl werden sie jetzt nicht selten gerade von denen, die vor der Revolution nicht in den Reihen der Arbeiterbewegung zu finden waren, als Verräter gebrandmarkt. Als Verräter, weil ihre Auffassung über den Gewerkschaftskampf im besonderen und den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse im allgemeinen eine andere ist, als die ihrer gegenwärtigen Ankläger. Und weil dem so ist, deshalb gebärden sich unsere revolutionären Zeitgenossen viel schlimmer als die reaktionären Unternehmer, deren Methode es von jeher war, mißliebige, d. h. unerschrocken für die Sache der Arbeiterklasse eintretende Arbeiter zu maßregeln und auf das Pflaster zu werfen. Gegen diese Unternehmerwillkür haben die heute so verhaßten Gewerkschaftsführer jahrzehntelang einen unermüdlichen Kampf geführt. Heute werden sie nicht von den Unternehmern gemaßregelt, sondern von ihren eigenen Klassengenossen, weil sie über Ziel und Wesen des Klassenkampfes eine andere Auffassung haben. Wir wissen, daß eine solche Stimmung in den breiten Schichten der organisierten Arbeiterschaft nicht von Dauer sein kann, aber daß sie überhaupt entstehen konnte, wirft auf unsere gegenwärtige Zeit gerade kein günstiges Licht.

Es ist eine Begleiterscheinung revolutionärer Epochen, daß von den besonnensten und besten Elementen der Volksschicht Opfer gefordert werden. Indessen, dieser Periode wird eine andere folgen. Diejenigen, die heute vom Gros der Versammelten mit ihren Tiraden ein Hosianna ernten, können unter Umständen eher als sie es selbst glauben mögen ein „Kreuzige, kreuzige ihn“ vernehmen.

Die vierte Mitglieder-Million

haben die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände Ende April überschritten. Am Ende des 3. Quartals 1918 zählten die deutschen Gewerkschaften 1 415 452 Mitglieder. Bis Jahresschluß erreichten sie etwa 2 Millionen, Ende Januar 2½ Millionen, Ende Februar 3 Millionen und seitdem haben sie ihre Reihen wieder um 1 Million verstärkt. Wenn die Entwicklung im gleichen Tempo so weitergeht, so wird der Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Satzungen auf dem Ende Juni in Nürnberg stattfindenden Gewerkschaftskongreß beschlossen werden sollen, wahrscheinlich seine Wirksamkeit mit einer Gesamtmitgliederzahl von fünf Millionen beginnen können.

Von den 50 Gewerkschaften zählt der Deutsche Metallarbeiterverband allein 1 006 993 Mitglieder, während 10 Verbände zwischen 100 000 bis 400 000 Mitglieder aufweisen (Fabrikarbeiter 400 000, Transportarbeiter 272 000, Eisenbahner 250 000, Holzarbeiter 222 043, Textilarbeiter 210 669, Bergarbeiter 200 000, Gemeindearbeiter 166 155, Landarbeiter 150 000 und Handlungsgehilfen 135 000). Seit der Vorkriegszeit haben die Gewerkschaften um 1,5 Millionen Mitglieder zugenommen. Von dieser Zunahme entfallen allein 88 Prozent (1,3 Million) auf die Verbände der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Landarbeiter, Gemeindearbeiter, Handlungsgehilfen, Bergarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter, Schneider, Holzarbeiter und Schuhmacher; dazu kommt der neue Verband der Eisenbahner mit 250 000 Mitgliedern. Dagegen sind die baugewerblichen Verbände mit etwa 130 000 Mitgliedern gegenüber der Vorkriegszeit im Rückstande geblieben, weil das Baugewerbe noch völlig darniederliegt. Doch können sich nach Wiederaufnahme der Bauarbeit ganz erhebliche Verschiebungen ergeben.

Der starke Mitgliederandrang stellt natürlich an die Gewerkschaftsfunktionäre ganz außerordentliche Ansprüche. In manchen Verbänden reicht die Zahl der besoldeten Kräfte nicht aus, um den Anforderungen nach Verwaltungsarbeit und Tarifabschlüssen zu genügen. Um so wahnwitziger ist das Treiben eines Teiles der der Unabhängigen Sozialdemokratie und den Kommunisten nahestehenden Gewerkschaftsmitglieder, die die alten, erfahrenen Gewerkschaftsangestellten kündigen und maßregeln, weil ihnen ihre politische Gesinnung nicht gefällt. Keine Organisation kann jetzt ihre Kräfte entbehren. Die Arbeiterschaft hat selbst den empfindlichsten Nachteil davon, wenn sie dieser Maßregelungspraxis noch länger ruhig zusieht.

Aus Nah und Fern.

Tragödie zweier Freundinnen. Die Kutscherfrau Berta Dischke in Berlin beklagte sich, daß sie von ihrem Ehemanne mißhandelt werde, verließ ihn und begab sich zu ihrer Freundin Heldt die bei ihrem Stiefvater wohnte. Hier kam sie in der Verzweiflung zu dem Entschluß, aus dem Leben zu scheiden. Die Freundin aber glaubte, ohne die Freundin auch nicht weiter leben zu können. Nachdem sie den Beweggrund zum gemeinsamen Selbstmord aufgezeichnet hatten, vergifteten sie sich mit Gas.

So leben wir! Schon mehrfach wurde auf das Treiben hingewiesen, das die in Charlottenburg und Wilmersdorf wie Pilze aus der Erde schießenden Spielklubs entfalten, indem sie durch Veranstaltung von Schlemmeressen, bei denen es an nichts fehlt „Propaganda“ für ihre Zwecke machen. So gab es im „Verein Harmonie“, Waitzstraße, folgendes Abendessen: Hummer-Pastete, Bouillon mit Einlage, Kiebitz-Eier mit Bearnaiser-Tunke, Kalbsschnitzel mit Spinat, Putenbraten mit Salat, Apfelpudding, Kaffee und Torte. Dieses „bescheidene“ Abendessen zeigt, da es den Eingeladenen natürlich gratis verabreicht wird, was diese Klubs verdienen und welch dankbares Feld sich hier der hoffentlich bald kommenden Besteuerung erschließt.

Einen grauenhaften Tod hat der Invalide Valentin Dennhausen in Wattenscheid gefunden. In der Dunkelheit verfehlte er den Weg, geriet in eine aufgeschüttete Teermasse, in der er langsam einsinkend erstickte.

Renntierjagden mittels Flugzeug. In Kanada will man jetzt Renntierjagden mit Hilfe von Flugzeugen veranstalten. In den schwer zugänglichen Gegenden Kanadas haben die Karibu-Renntierherden sich auf 30 Millionen Tiere vermehrt. Reisende melden, daß sie tausende solcher Karibus durch den Yukonstrom schwimmen sahen; einmal hätten sie von Deck eines Dampfers aus 5000 zusammen gesehen. Im Frühjahr ziehen sie in Scharen nordwärts, im Herbst treten sie den Zug nach Süden an. Diesen Herden nun wollen die Renntierjäger mit Flugzeugen beikommen. Sie wollen im August und Anfang September den Flug unternehmen. Mit Flugzeugen sollen die Tiere zunächst nach der Küste der Hudsonbai und in die Nähe von Port Nelson getrieben werden, wo zwischen See und Gehegen von Treibern zu Pferde die männlichen Tiere abgesondert werden müssen. Die fetten Böcke werden dann zur Bahnstation getrieben und dort abgeschlachtet. Mit Maschinengewehren gedenkt man von Flugzeugen aus die Wölfe und wilden Hunde zu dämpfen, die die Herden angreifen und ihre Vermehrung hindern. Diese Rentierjagden würden Kanadas und Großbritanniens Fleischversorgung bedeutend erleichtern und einen Ersatz schaffen für die vielfach erschöpften Rindviehbestände.

Explosion einer norwegischen Munitionsfabrik. Aus Christiania wird gemeldet: Das größte norwegische Munitionswerk Nitedal ist in die Luft geflogen. Fünf Menschen sind getötet, mehrere verwundet. Nähere Nachrichten fehlen noch, da die Telephonverbindung mit Christiania unterbrochen ist.

Für die Gartenpflege.

Erinnerung an wichtige Arbeiten.

Hoffentlich bringt uns dieser Monat ein rechtes Gartenwetter, das uns für die vielen unfreundlichen Apriltage, wodurch manche Arbeiten eine Verzögerung erfuhren, wieder entschädigt. „Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau“ (Verlag Trowitzsch & Sohn in Frankfurt a. O.) schreibt: Unsere, für den Wirtschaftsgarten rechtzeitig aufgewendete Mühe beginnt nun zu lohnen durch die Ernten von Rhabarber, Sauerampfer, Spinat, Radies, Salat, Früherbsen, Mairüben usw. Eine Hauptarbeit im Maimonat ist das Hacken, Jäten und Gießen. Letzteres geschehe vorläufig noch mit der rechten Vorsicht, denn so lange in einem Boden noch gute Winterfeuchtigkeit vorhanden ist, ist wiederholtes Gießen nutzlos, weil doch die damit immer wieder herbeigeführte Abkühlung der oberen Erdschichten nachteilig wirkt. Schwerer, bindiger und dann auch jeder schlechte, noch rohe Boden ist gewöhnlich erst am Monatsende so beschaffen, daß er bepflanzt werden muß. Wir pflanzen nun Sellerie, Lauch, Speisewurzeln usw. Das Auspflanzen von Tomaten, von Gurken und Kürbis, die wir in Töpfen herangezogen, wagen wir unbedingt nicht vor dem 20. Mai. Der Gurkenliebhaber, der mit dieser Gemüsefrucht im Freien aus diesem oder jenem Grunde noch keinen rechten Erfolg hatte, sollte doch den Anbau einmal in kalten Kästen versuchen. Viele Gartenfreunde, welche diesen Rat befolgen, werden ihn nachher schätzen. Die Frühkartoffeln werden übergehackt. Droht Frost, nachdem die Kartoffeltriebe aus dem Boden heraus sind, so bedecken wir sie mit Erde. Spätkartoffeln legen. Hauptaussaat von Bohnen (12. Mai), Kohlrüben, Grünkohl, Kardy, Runkelrüben, Bindsalat und von Zichoriensalat für die Wintertreiberei. Für die Besitzer von schweren, kalten Böden ist das Auslegen von Busch- und Stangenbohnen in Handkästen zum Vorkeimen jetzt noch vorteilhaft. Folgesaaten von Erbsen, Frühblumenkohl, Kohlrabi, Salat, Dill, Kerbel, Mangold usw. Alle neu besäten Beete gut anklopfen. Es ist noch Zeit, um Gerste und Hafer auszusäen. Buchweizensaat wird von Mitte Mai ab in den Boden gebracht. Denkt auch an die Bekämpfung der Spargelfliege.

Im Baumgarten jetzt gegen Maifröste gerüstet sein. Auf Blattläuse achten. Beerensträucher flüssig düngen. Veredelungsbänder lösen. Die Erdbeerbeete müssen nun auch in Ordnung sein. Zu den unaufschiebbaren, in kurzen Zwischenräumen immer wieder vorzunehmenden Arbeiten in den Weintreibhäusern gehört das Kappen der Geiztriebe. Das Ausbeeren der Trauben immer rechtzeitig und vorsichtig besorgen.

Der Ziergarten muß gegen Ende des Monats überall fertig sein. Gleich nach den kalten Tagen bepflanzen wir alle Blumengruppen, Randbeete, die Balkonkästen, Vasen usw. mit Begonien, Heliotrop, Dahlien, Blütenkanna, Pelargonien, Fuchsien, Nelken und mit sonstigen Sommerblumen. Das regelmäßige Schneiden und nachherige Bedüngen der Rasenplätze — gute, gesiebte Komposterde ersetzt manchen jetzt sehr teuren Rasendünger — muß wieder einsetzen. Arge Rosenfeinde sind die Wicklerraupen und die Rosentriebbohrer. Wo dieses Gelichter jetzt ungestört arbeitet, erleidet die kommende Rosenblüte große Einbuße.

Literarisches.

Der Staat, die Industrie und der Sozialismus von Parvus. Preis kart. 3,— Mk., geb. 4,50 Mk. 1919. Berlin SW.68, Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. In dem lesenswerten Buche, das durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Lübeck, Johannisstraße 46, zu beziehen ist, stellt der Verfasser folgende Richtlinien auf:

1. Entwicklung des gesellschaftlichen Bedarfs. Das Volk muß aus seinen engen Lebensverhältnissen heraus. Je größer seine Lebensansprüche werden, desto besser. Vor allem muß das Wissen, zu dem die Menschheit sich emporgerungen hat, Gemeingut des Volkes werden. Je reichhaltiger das Leben des Volkes, desto höher die Kultur, desto reicher die Gesellschaft, desto größer ihre Produktionskräfte.

2. Organisation des gesellschaftlichen Bedarfs, um einen Einklang zwischen Konsumtion und Produktion herzustellen.

3. Schonung der gesellschaftlichen Arbeitskräfte und ihre Ausbildung. Die Jugend gehört nicht in die Fabrik, sondern in die Schule. Der Arbeiter soll nicht ein Anhängsel der Maschine, sondern ihr Herr sein. Die Arbeit soll nicht das Leben kürzen, sondern Gesundheit und Kraft fördern.

4. Entwicklung und Organisation der gesellschaftlichen Produktion. Geschieht das alles, so wird die Arbeit aus einer Last zur Freude, sie gibt dann dem Arbeitenden einen Lebensinhalt. Darum:

5. Befreiung des Arbeiters und mit ihm der Arbeit vom Druck der Not, vom Zwang der Ausbeutung. Die Arbeit soll nicht mehr ein Fluch sein, sondern ein Segen.

Die vorstehenden Ausführungen geben einen kurzen Ueberblick über den reichen Inhalt des Buches, dessen Lektüre warm zu empfehlen ist.

Bekanntmachung.

Während der Zeit vom 10. bis einschließlich 16. Mai 1919 sind alle öffentlichen Lustbarkeiten im Sinne des Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Abgabe von Lustbarkeiten, vom 19. Februar 1896 untersagt.

Theateraufführungen können auf Antrag vom Polizeiamte gestattet werden, wenn ihr Gegenstand dem Ernste der Zeit Rechnung trägt.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Lübeck, den 9. Mai 1919. (1985

Das Polizeiamt.

Ausgabe von amerikanischem Weizenmehl.

Vom Sonnabend, dem 10. Mai, bis Freitag, dem 16. Mai, werden auf Abschnitt 186 der Warenkarte des Lebensmittelkartenheftes oder der Lebensmittelkarte wahlweise 250 Gramm 94%iges Weizenmehl zum festgesetzten Preise von 18 Pf. oder 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 1,20 Mk. ausgegeben. Militärurlauber erhalten auf Abschnitt der Warenkarte des Bezugsausweises für die 3. Woche (12.—18. Mai), je nachdem, sie für ihre Verpflegung die ganze oder die halbe Wochenmenge zu beanspruchen haben, 250 Gramm oder 125 Gramm von der einen oder anderen Mehlsorte. Binnenschiffer erhalten das Mehl auf die entsprechenden Abschnitte der Lebensmittelkarte oder des Bezugsausweises.

Für die Abgabe des Mehles und die Einreichung der eingenommenen Abschnitte durch die Mehlhändler gelten die Vorschriften der gleichnamigen Bekanntmachungen vom 28. April und 2. Mai 1919.

Lübeck, den 9. Mai 1919. (1984

Das Landesversorgungs-

Bekanntmachung.

Nach einer Mitteilung der Kriegsamtstelle Altona muß die Freigabe von Ziegelerzeugnissen wegen der außerordentlichen Knappheit dieser Materialien in der Hauptsache für Kleinwohnungsbauten oder Ausbesserungen landwirtschaftlicher Gebäude beschränkt werden. Die Baupolizeibehörde ist angewiesen, die Genehmigung von Bauvorhaben von der Freigabe der Mauersteine abhängig zu machen.

Auf Grund dieser Anweisung werden daher Bauanträge bis auf weiteres nur genehmigt, wenn die Freigabe der dazu erforderlichen Mauersteine erfolgt ist.

Lübeck, den 8. Mai 1919. (1906

Das Polizeiamt.

Nach längerem Leiden entschlief Donnerstag 12½ Uhr mittags sanft und ruhig in ihrem 35. Lebensjahre meine geliebte Frau, meiner Tochter treusorgende Mutter, meine liebe Tochter, unsere gute Schwester, Schwägerin u. Tante

Auguste Raabe geb. Blohm.

In tiefer Trauer **Hans Raabe** nebst Tochter **Erika und Familie.**

Lübeck, Brolingstraße 18, pt.

Bestattung Montag. Beginn der Trauerfeier 3 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes. (1981